

Gagfah S.A.

société anonyme

R.C.S. Luxembourg B 109526,

Gesellschaftssitz: 2-4, rue Beck, L-1222 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg

Vonovia SE

Societas Europaeae (SE)

Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf HRB 68115,

Gesellschaftssitz: Universitätsstraße 133, D-44803 Bochum, Deutschland

Nummer: 6530

Gemeinsamer Verschmelzungsplan vom 17. Mai 2017

Im Jahre zweitausendsiebzehn, am siebzehnten Mai.

Vor dem unterzeichneten Notar, Maître **Cosita Delvaux**, mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg,

I. Gagfah S.A.

eine *société anonyme – société de titrisation* luxemburgischen Rechts mit Sitz in 2-4, rue Beck, L-1222 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, die am 12. Juli 2005 gegründet wurde gemäß notarieller Urkunde aufgenommen durch Maître Jean-Joseph Wagner, Notar mit Amtssitz in Sanem (Großherzogtum Luxemburg), welche im *Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations* (das „**Mémorial**“) Nummer 1323 vom 3. Dezember 2005 veröffentlicht wurde, und im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg unter der Nummer B 109.526 eingetragen ist, hier vertreten durch **Elvinger Hoss Prussen**, *société anonyme*, mit Geschäftssitz in Luxemburg, vertreten durch Herrn **Namik Ramic**, *maître en droit*, mit Geschäftsadresse in Luxemburg, gemäß einer Vollmacht, die *ne varietur* von dem Bevollmächtigten der erschienen Person sowie dem amtierenden Notar paraphiert wurde und dieser Urkunde beigefügt bleibt sowie

II. Vonovia SE

eine Societas Europaea (SE) mit Sitz in Düsseldorf, Deutschland und eingetragener Geschäftsanschrift in Universitätsstraße 133, D – 44803 Bochum, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 68115, hier vertreten durch **Carsten Opitz**, *maître en droit*, gemäß einer Vollmacht, welche

ne varietur von dem Bevollmächtigten der erschienen Person sowie dem amtierenden Notar paraphiert wurde und dieser Urkunde beigelegt bleibt.

Die erschienenen Personen, in ihrer vorgenannten Eigenschaft, haben den Notar ersucht, den folgenden gemeinsamen Verschmelzungsplan (*projet commun de fusion*) zu beurkunden:

Gemeinsamer Verschmelzungsplan für die Verschmelzung

zwischen der

Vonovia SE

mit Sitz in Düsseldorf, Deutschland, und eingetragener Geschäftsanschrift in Universitätsstraße 133, D – 44803 Bochum, Deutschland

- nachstehend auch „**übernehmende Gesellschaft**“ –

und der

GAGFAH S.A.

mit Sitz in 2-4, rue Beck, L – 1222 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg,

- nachstehend auch „**übertragende Gesellschaft**“ -

- übernehmende Gesellschaft und übertragende Gesellschaft nachstehend gemeinsam „**Parteien**“.

Vorbemerkung

- A. Der Vorstand der Vonovia SE und der Verwaltungsrat der GAGFAH S.A. beabsichtigen, die GAGFAH S.A. als übertragende Gesellschaft im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung auf die Vonovia SE als übernehmende Gesellschaft zu verschmelzen (Verschmelzung durch Aufnahme).
- B. Die Verschmelzung erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften, die im Großherzogtum Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland in Umsetzung der Richtlinie 2005/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten („**Verschmelzungsrichtlinie**“) erlassen wurden (insbesondere Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 („**SE-VO**“) in Verbindung mit §§ 122a ff. des deutschen Umwandlungsgesetzes („**UmwG**“) und Art. 257 ff. des geänderten Luxemburger Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften („**LHG**“).
- C. Die übernehmende Gesellschaft hält derzeit ca. 93,82 % der Stimmrechte und des Grundkapitals der übertragenden Gesellschaft.

- D. Die Verschmelzung dient der Vereinfachung der Beteiligungsstrukturen im Vonovia-Konzern, da die übertragende Gesellschaft als selbständiger Rechtsträger mit Wirksamwerden der Verschmelzung erlischt.

Dies vorausgeschickt, stellen der Vorstand der übernehmenden Gesellschaft und der Verwaltungsrat der übertragenden Gesellschaft folgenden gemeinsamen Verschmelzungsplan („**Verschmelzungsplan**“) auf:

§ 1 Beteiligte Gesellschaften

- 1.1 Die übernehmende Gesellschaft ist eine Societas Europaeae (SE) mit Sitz in Düsseldorf, Deutschland, und eingetragener Geschäftsanschrift in Universitätsstraße 133, D – 44803 Bochum. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf, Deutschland, unter HRB 68115 eingetragen.
- 1.2 Die übertragende Gesellschaft ist eine Aktiengesellschaft luxemburgischen Rechts (*Société anonyme*) mit dem Statut einer Verbriefungsgesellschaft und mit Sitz in 2-4, rue Beck, L – 1222 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg. Sie ist im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg (*Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg*) unter der Nummer B 109526 eingetragen.

§ 2 Verschmelzung

Die GAGFAH S.A. wird als übertragende Gesellschaft im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung gemäß Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit §§ 122a ff., 2 ff. UmwG und Art. 257 ff. LHG auf die Vonovia SE als übernehmende Gesellschaft verschmolzen. Mit dieser Verschmelzung überträgt die GAGFAH S.A. ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Vonovia SE gegen Gewährung von Aktien der Vonovia SE an die außenstehenden Aktionäre der GAGFAH S.A. (Verschmelzung durch Aufnahme).

§ 3 Umtauschverhältnis, Gegenleistung, Gesellschaftsanteile, Gewinnberechtigung und Kapitalerhöhung

- 3.1 Mit Wirksamwerden der Verschmelzung gewährt die übernehmende Gesellschaft den außenstehenden Aktionären der übertragenden Gesellschaft gemäß Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit §§ 122a Abs. 2, 2 UmwG sowie Art. 261 Abs. 2 lit. b), c) und d) LHG als Gegenleistung für die Vermögensübertragung gemäß § 2 Satz 2 dieses Verschmelzungsplans für je

100 Aktien der übertragenden Gesellschaft jeweils mit einem Nennwert von EUR 1,25 57 neue auf den Namen lautende Stückaktien der übernehmenden Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00. Zur Durchführung der Verschmelzung wird die übernehmende Gesellschaft das Grundkapital von dem nach Maßgabe des § 7.2 dieses Verschmelzungsplans in der Satzung der übernehmenden Gesellschaft ausgewiesenen Betrag um EUR 8.640.578,00 durch Ausgabe von 8.640.578 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien der übernehmenden Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 („**Gegenleistungsaktien**“) erhöhen.

- 3.2 Für Teilrechte auf Gegenleistungsaktien („**Aktienteilrechte**“) erfolgt ein Barausgleich. Für Zwecke des Barausgleichs werden zunächst die auf einzelne außenstehende Aktionäre der übertragenden Gesellschaft entfallenden Aktienteilrechte zu vollen Aktienrechten zusammengelegt und die daraus bezogenen Gegenleistungsaktien durch den Treuhänder (siehe § 3.3 dieses Verschmelzungsplans) börslich veräußert; die Inhaber von Aktienteilrechten erhalten einen Barbetrag in Höhe des ihrem Aktienteilrecht entsprechenden Anteils an dem Veräußerungserlös. Soweit nach Zusammenlegung von Aktienteilrechten weiterhin Aktienteilrechte bestehen, erfolgt ein Barausgleich in Höhe des anteiligen Börsenkurses der Aktie der übernehmenden Gesellschaft, der der Veräußerung nach Satz 1 zugrunde liegt.
- 3.3 Die übertragende Gesellschaft bestellt die BNP Paribas Securities Services S.C.A. – Zweigniederlassung Frankfurt am Main als Treuhänderin für den Empfang der zu gewährenden Aktien der übernehmenden Gesellschaft. Die übernehmende Gesellschaft wird die neuen Aktien der Treuhänderin vor der Eintragung der Verschmelzung übergeben und sie anweisen, sie nach Wirksamwerden der Verschmelzung den Aktionären der übertragenden Gesellschaft Zug um Zug gegen Aushändigung ihrer Aktien der übertragenden Gesellschaft zu übergeben bzw. gemäß Ziffer 3.2 dieses gemeinsamen Verschmelzungsplans zu verfahren.
- 3.4 Die Übertragung der Aktien der übertragenden Gesellschaft im Umtausch gegen die Gegenleistungsaktien ist für die außenstehenden Aktionäre der übertragenden Gesellschaft kostenfrei, soweit ihre Aktien der übertragenden Gesellschaft in einem Wertpapierdepot in Deutschland oder Luxemburg

verwahrt werden.

- 3.5 Die Gegenleistungsaktien sind – vorbehaltlich der Regelung in § 11.3 dieses gemeinsamen Verschmelzungsplans – ab dem 1. Januar 2017 gewinnberechtigt.

§ 4 Übertragungstichtag, Verschmelzungstichtag und Bewertung des zu übertragenden Aktiv- und Passivvermögens

- 4.1 Mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wird die Verschmelzung wirksam („Übertragungstichtag“).
- 4.2 Die Übernahme des Vermögens der übertragenden Gesellschaft erfolgt im Innenverhältnis mit Wirkung zum Ablauf des 30. April 2017, 24.00 Uhr (MESZ). Vom Beginn des 1. Mai 2017, 0.00 Uhr (MESZ) („Verschmelzungstichtag“) an gelten alle Handlungen der übertragenden Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Rechnungslegung als für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft vorgenommen.
- 4.3 Zur Bestimmung der Bedingungen der Verschmelzung wurden Bilanzen der übernehmenden Gesellschaft zum 30. April 2017 und der übertragenden Gesellschaft zum 30. April 2017 verwendet; diese beiden Bilanzen sind als Anlage 1 und Anlage 2 beigefügt und bilden einen integralen Bestandteil dieses Verschmelzungsplans.
- 4.4 Die Übertragung des Vermögens der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft erfolgt handelsrechtlich zum Zeitwert. In der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Gesellschaft zum 30. April 2017 ist das übergehende Vermögen grundsätzlich mit dem gemeinen Wert anzusetzen, wobei ein Wahlrecht zum Ansatz zu Zwischenwerten oder Buchwerten besteht. Vorliegend erfolgt der Ansatz zu Buchwerten in Übereinstimmung mit den steuerlichen Vorschriften.
- 4.5 In der Schlussbilanz der übertragenden Gesellschaft zum 30. April 2017 ist das auf die übernehmende Gesellschaft zu übertragende Aktiv- und Passivvermögen ausgewiesen. Die Schlussbilanz der übertragenden Gesellschaft wurde in Übereinstimmung mit den luxemburgischen Grundsätzen der Rechnungslegung erstellt.
- 4.6 Die Gesellschafter der Parteien haben für einen Monat ab dem Tag der Veröffentlichung des Verschmelzungsplans im *Recueil électronique des*

sociétés et association in Luxemburg bzw. für einen Monat ab dem Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf die bevorstehende Verschmelzung im Bundesanzeiger die Möglichkeit, die in Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit §§ 122a Abs. 2, 63 Abs. 1 UmwG bzw. Artikel 267 Abs. 1 lit. a), b), c), d) und e) LHG aufgeführten Dokumente am jeweiligen Sitzungssitz der Parteien und am jeweiligen Verwaltungssitz der Parteien (soweit dieser vom satzungsmäßigen Sitz abweicht) einzusehen und von diesen Dokumenten, falls gewünscht, kostenfrei Fotokopien zu erhalten.

§ 5 Andere Wertpapiere als Gesellschaftsanteile und Sonderrechte

- 5.1 Die beteiligten Gesellschaften haben weder Vorzugsaktien, Aktien mit Mehrfachstimmrechten oder andere Sonderrechte im Sinne von Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit § 122c Abs. 2 Nr. 7 UmwG bzw. Art. 261 Abs. 2 lit. f) LHG ausgegeben, noch bestehen – mit Ausnahme der unter dem nachfolgenden § 5.2. dieses Verschmelzungsplans beschriebenen – andere Wertpapiere als Gesellschaftsanteile im Sinne dieser Vorschriften. Rechte im Sinne von Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit § 122c Abs. 2 Nr. 7 UmwG und Art. 261 Abs. 2 lit. f) LHG werden nicht als Ausgleich gewährt, und es werden auch keine anderen Maßnahmen im Sinne dieser Vorschriften vorgeschlagen.
- 5.2 Eine Tochtergesellschaft der übernehmenden Gesellschaft, die Vonovia Finance B.V., mit Sitz in Amsterdam, ist zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Verschmelzungsplans Emittentin von folgenden, nicht in Aktien umwandelbaren Schuldverschreibungen:
- a) Schuldverschreibungen, die im Rahmen einer Anleihedaueremission, einem sogenannten EMTN-Programm (European Medium Term Notes- Programm), zuletzt aktualisiert im Januar 2017, ausgestellt wurden: (i) EUR 500 Mio. 3,625% Notes, fällig am 8. Oktober 2021 (Wertpapierkennnummer: A1HRVD, ISIN: DE000A1HRVD5), (ii) EUR 500 Mio. 2,125% Notes, fällig am 9. Juli 2022 (Wertpapierkennnummer: A1ZLUN, ISIN: DE000A1ZLUN1), (iii) EUR 500 Mio. 0,875% Notes, fällig am 30. März 2020 (Wertpapierkennnummer: A1ZY97, ISIN: DE000A1ZY971), (iv) EUR 500 Mio. 1,500% Notes, fällig am 30. März 2025 (Wertpapierkennnummer: A1ZY98, ISIN: DE000A1ZY989), (v)

- EUR 750 Mio. Floating Rate Notes, fällig am 15. Dezember 2017 (Wertpapierkennnummer: A18V12, ISIN: DE000A18V120), (vi)
- EUR 1.250 Mio. 1,625% Notes, fällig am 15. Dezember 2020 (Wertpapierkennnummer: A18V13, ISIN: DE000A18V138), (vii)
- EUR 1.000 Mio. 2,250% Notes, fällig am 15. Dezember 2023 (Wertpapierkennnummer: A18V14, ISIN: DE000A18V146), (viii)
- EUR 500 Mio. 0,875% Notes, fällig am 10. Juni 2022 (Wertpapierkennnummer: A182VS, ISIN: DE000A182VS4), (ix)
- EUR 500 Mio. 1,5% Notes, fällig am 10. Juni 2026 (Wertpapierkennnummer: A182VT, ISIN: DE000A182VT2), (x)
- EUR 500 Mio. Floating Rate Note, fällig am 13. September 2018 (Wertpapierkennnummer: A185WC, ISIN: DE000A185WC9), (xi)
- EUR 1.000 Mio. 1,25% Notes, fällig am 6. Dezember 2024 (Wertpapierkennnummer A189ZX, ISIN DE000A189ZX0), (xii)
- EUR 500 Mio. 0,750% Notes, fällig am 25. Januar 2022 (Wertpapierkennnummer A19B8D, ISIN DE000A19B8D4) und (xiii)
- EUR 500 Mio. 1,750% Notes, fällig am 25. Januar 2027 (Wertpapierkennnummer A19B8E, ISIN DE000A19B8E2);
- b) In US-Dollar denominierte Schuldverschreibungen: (i) USD 750 Mio. 3,20% per cent. Notes, fällig am 2. Oktober 2017 (Wertpapierkennnummer: 144A: 25155FAA4 / Reg S: N8172PAC8, ISIN: 144A: US25155FAA49 / Reg S: USN8172PAC88) und (ii) USD 250 Mio. 5,00% Notes, fällig am 2. Oktober 2023 (Wertpapierkennnummer: 144A: 25155FAB2 / Reg S: N8172PAD6, ISIN: 144A: US25155FAB22 / Reg S: USN8172PAD61);
- c) In Euro denominierten Schuldverschreibungen: EUR 600 Mio. 3,125% Senior Unsecured Notes, fällig am 25. Juli 2019 (Wertpapierkennnummer: A1HNV5, ISIN: DE000A1HNV52); und
- d) Hybridschuldverschreibungen: (i) EUR 700 Mio. Subordinated Notes subject to Interest Rate Reset with a First Call Date 2019, fällig am 8. April 2024 (Wertpapierkennnummer: A1ZFW5, ISIN: ISIN XS1028959671) und (ii) EUR 1.000 Mio. Undated Subordinated Notes subject to Interest Rate Reset with a First Call Date 2021, ohne Endfälligkeit (Wertpapierkennnummer: A1ZTXG, ISIN:

XS1117300837).

§ 6 Besondere Vorteile

- 6.1 Dem vom Gericht bestellten gemeinsamen Prüfer, der den Verschmelzungsplan prüft, wurde und werden keine besonderen Vorteile im Sinne von Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit § 122c Abs. 2 Nr. 8 und Art. 261 Abs. 2 lit. g) LHG gewährt.
- 6.2 Den Mitgliedern der Verwaltungs-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorganen der übernehmenden Gesellschaft und der übertragenden Gesellschaft wurden oder werden anlässlich der Verschmelzung keine besonderen Vorteile im Sinne von Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit § 122c Abs. 2 Nr. 8 und Art. 261 Abs. 2 lit. g) LHG gewährt.

§ 7 Satzung der übernehmenden Gesellschaft

- 7.1 Die übernehmende Gesellschaft hat zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Verschmelzungsplans die als Anlage 3 beigefügte Satzung. Die als Anlage 3 beigefügte Satzung der übernehmenden Gesellschaft wird sich im Zeitraum nach Aufstellung dieses Verschmelzungsplans aufgrund der folgenden Umstände ändern:
- a) Die ordentliche Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft hat am 16. Mai 2017 beschlossen, dass § 5 (Genehmigtes Kapital 2013) und § 5a (Genehmigtes Kapital 2015) der geltenden Satzung aufgehoben werden und dass ein neuer § 5c (Genehmigtes Kapital 2017) eingefügt wird. Ferner hat die ordentliche Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft am 16. Mai 2017 beschlossen, das Quorum für Satzungsänderungen in § 17.4 der Satzung anzupassen. Diese Satzungsänderungen werden voraussichtlich bis zum Übertragungstichtag durch Eintragung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam. In Abhängigkeit vom Registerverfahren ist es jedoch möglich, dass diese Satzungsänderungen auch erst nach dem Übertragungstichtag wirksam werden.
- b) Aufgrund der zum Zwecke der Ausgabe der Gegenleistungsaktien erforderlichen Kapitalerhöhung (siehe auch § 3.1 dieses Verschmelzungsplans) ist eine Änderung von § 4.1 (Grundkapital) und eine Änderung von § 5b.1 (Genehmigtes Kapital 2016) der Satzung

erforderlich. Diese Satzungsänderungen werden mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam.

- c) Ferner hat die ordentliche Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft am 16. Mai 2017 beschlossen, den Sitzungssitz von Düsseldorf nach Bochum zu verlegen. Infolgedessen ist eine Änderung von § 1.2 der Satzung erforderlich. Der Vorstand ist angewiesen, diese Satzungsänderung erst am 1. September 2017 oder unverzüglich danach zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Aus diesen Gründen wird sich die übernehmende Gesellschaft – vorbehaltlich § 7.2 dieses Verschmelzungsplans – eine neue Satzung mit den in der Anlage 4 ersichtlichen Änderungen geben.

- 7.2 Sofern sich das Grundkapital der übernehmenden Gesellschaft nach Aufstellung dieses Verschmelzungsplans und bis zum Übertragungstichtag durch die Ausgabe von neuen Namensstückaktien der übernehmenden Gesellschaft zum Beispiel zur Abwicklung der durch die ordentliche Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft am 16. Mai 2017 beschlossenen Aktiendividende der übernehmenden Gesellschaft ändern sollte, wird die Satzung der übernehmenden Gesellschaft – im Beispiel § 4.1 (Grundkapital) und § 5b.1 (Genehmigtes Kapital 2016) – unter Beachtung der dafür im Gesetz und in der Satzung der übernehmenden Gesellschaft vorgesehenen Vorschriften angepasst.

- 7.3 Auf die Anlagen wird gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 BeurkG verwiesen.

§ 8 Voraussichtliche Auswirkungen der Verschmelzung auf die Beschäftigung

- 8.1 Die übertragende Gesellschaft beschäftigt keine Arbeitnehmer und wird auch am Übertragungstichtag keine Arbeitnehmer beschäftigen. Die aufnehmende Gesellschaft wird am Übertragungstichtag voraussichtlich 256 Arbeitnehmer beschäftigen.
- 8.2 Da die übertragende Gesellschaft keine Arbeitnehmer beschäftigt und auch am Übertragungstichtag keine Arbeitnehmer beschäftigen wird, erfolgt aus tatsächlichen Gründen kein Übergang von Arbeitsverhältnissen von der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft. Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf die bei der übernehmenden Gesellschaft bestehenden Arbeitsverhältnisse.

- 8.3 Der Geschäftsbetrieb der übertragenden Gesellschaft wird – soweit noch vorhanden – spätestens mit Wirkung zum Übertragungstichtag vollständig eingestellt. Der Geschäftsbetrieb der übernehmenden Gesellschaft wird auch nach dem Übertragungstichtag unverändert fortgeführt. Im Zuge der Verschmelzung wird kein Betrieb oder Betriebsteil der übernehmenden Gesellschaft organisatorisch verändert, eingeschränkt oder übertragen.
- 8.4 Bei der übertragenden Gesellschaft besteht kein Betriebsrat oder eine sonstige Arbeitnehmervertretung. Bei der übernehmenden Gesellschaft besteht ein Betriebsrat im Gemeinschaftsbetrieb Holding, an welchem die übernehmende Gesellschaft beteiligt ist. Der Gemeinschaftsbetrieb Holding ist derzeit aufgrund des Tarifvertrags mit der Gewerkschaft ver.di über die Betriebsratsstruktur vom 29./30. Dezember 2016 (im Folgenden „§ 3 BetrVG Tarifvertrag“) gebildet. Die Verschmelzung hat auf das Bestehen des Betriebsrats im Gemeinschaftsbetrieb Holding keine Auswirkung. Die Verschmelzung hat auch keine Auswirkung auf die aktuelle Zusammensetzung des Betriebsrats des Gemeinschaftsbetriebs Holding sowie auf die Zusammensetzung des Konzernbetriebsrats des sog. DAIG-Teilkonzerns, welcher auf Grundlage des § 3 BetrVG Tarifvertrags gebildet wurde. Schließlich hat die Verschmelzung auch keine Auswirkung auf den Bestand und die Zusammensetzung des SE-Betriebsrats, welcher bei der übernehmenden Gesellschaft gebildet ist.
- 8.5 Bei der übertragenden Gesellschaft gelten keine Betriebsvereinbarungen. Bei der übernehmenden Gesellschaft gelten im Gemeinschaftsbetrieb Holding die Betriebsvereinbarung des Gemeinschaftsbetriebs Holding sowie die Konzernbetriebsvereinbarungen des sog. DAIG Teilkonzerns. Die Verschmelzung hat auf die Geltung weder der Betriebsvereinbarung noch der Konzernbetriebsvereinbarungen im Gemeinschaftsbetrieb Holding Auswirkung.
- 8.6 Auf die übertragende Gesellschaft findet kein Tarifvertrag Anwendung. Die übernehmende Gesellschaft ist Mitglied im Arbeitgeberverband der Deutschen Immobilienwirtschaft e.V., sodass die Tarifverträge der Wohnungswirtschaft auf die übernehmende Gesellschaft Anwendung finden. Die Verschmelzung hat auf die Anwendung der Tarifverträge der Wohnungswirtschaft auf die übernehmende Gesellschaft keine Auswirkung.

- 8.7 Im Hinblick auf die Unternehmensmitbestimmung ergeben sich durch die Verschmelzung keine Änderungen. Weder bei der übertragenden Gesellschaft noch bei der übernehmenden Gesellschaft besteht ein mitbestimmter Aufsichtsrat. Die Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes oder des Mitbestimmungsgesetzes finden auf die übernehmende Gesellschaft weder vor noch nach dem Übertragungstichtag Anwendung.
- 8.8 Die übernehmende Gesellschaft wird infolge der Verschmelzung Gesamtrechtsnachfolgerin der übertragenden Gesellschaft. Das Vermögen der übertragenden Gesellschaft geht einschließlich der Verbindlichkeiten auf die übernehmende Gesellschaft über. Daraus folgt für etwaige Ansprüche aus betrieblicher Altersversorgung, dass ehemalige Arbeitnehmer und Betriebsrentner der übertragenden Gesellschaft etwaige Anwartschaften und Ansprüche gegen die übernehmende Gesellschaft geltend machen können. Entsprechendes gilt für etwaige Ansprüche ehemaliger Arbeitnehmer der übertragenden Gesellschaft aus oder in Zusammenhang mit ihren beendeten Arbeitsverhältnissen.
- 8.9 Weitere Folgen ergeben sich für die ehemaligen Arbeitnehmer und Betriebsrentner der übertragenden Gesellschaft und die Arbeitnehmer der übernehmenden Gesellschaft durch das Wirksamwerden der Verschmelzung nicht. Insbesondere sind keine Personalmaßnahmen oder andere nachteilige Veränderungen für die Arbeitnehmer der aufnehmenden Gesellschaft im Zusammenhang mit der Verschmelzung geplant. Es ist davon auszugehen, dass die Verschmelzung selbst keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen haben wird.

§ 9 Kein Verfahren zur Beteiligung der Arbeitnehmer

- 9.1 Weder Art. 261 Abs. 4 lit. c) LHG noch § 5 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung“ („MgVG“) ist auf die grenzüberschreitende Verschmelzung der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft anwendbar.
- 9.2 In keiner der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften bestand in den sechs Monaten vor Veröffentlichung des Verschmelzungsplans ein System zur unternehmerischen Mitbestimmung von Arbeitnehmern im Sinne von Art. 261 Abs. 4 lit. c) LHG bzw. § 2 Abs. 7 MgVG. Auch nach Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wird

die übernehmende Gesellschaft aufgrund einer bestehenden SE-Beteiligungsvereinbarung keinen mitbestimmten Aufsichtsrat bilden müssen. Mangels Mitbestimmungsrechten ist eine Benachteiligung einer solchen Arbeitnehmergruppe gegenüber Arbeitnehmern inländischer Betriebe im Hinblick auf das Maß an Mitbestimmung von vorneherein ausgeschlossen.

§ 10 Kosten

- 10.1 Die durch die Aufstellung dieses Verschmelzungsplans entstehenden Kosten werden von der übertragenden Gesellschaft und der übernehmenden Gesellschaft jeweils zur Hälfte getragen. Entsprechendes gilt für die Kosten für den Vollzug des Verschmelzungsplans, die durch die beteiligten Gesellschaften gemeinsam veranlasst werden. Im Übrigen trägt jede der beteiligten Gesellschaften ihre Kosten selbst.
- 10.2 Diese Regelungen gelten auch, falls die Verschmelzung nicht wirksam werden sollte.

§ 11 Stichtagsänderung

- 11.1 Falls die Verschmelzung nicht vor Ablauf des 31. Januar 2018 durch Eintragung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam wird, gilt abweichend von § 4.2 dieses Verschmelzungsplans der Beginn des 1. Januar 2018 als Verschmelzungstichtag. In diesem Fall werden abweichend von § 4.3 dieses Verschmelzungsplans die Bilanzen der übertragenden Gesellschaft und der übernehmenden Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 verwendet, soweit diese Bilanzen den Zustand unmittelbar vor dem Wechsel der Rechnungslegung abbilden; das Umtauschverhältnis gemäß § 3.1 dieses Verschmelzungsplans bleibt unberührt. Bei einer weiteren Verzögerung der Eintragung über den 31. Januar eines jeweiligen Folgejahres hinaus verschieben sich die Stichtage entsprechend der vorstehenden Regelung um ein Jahr.
- 11.2 Falls die Verschmelzung nicht vor Ablauf des 31. Januar 2018 durch Eintragung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam wird, soll die Verschmelzung erst nach den ordentlichen Hauptversammlungen sowohl der übertragenden als auch der übernehmenden Gesellschaft, die jeweils über die Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2017 beschließen, durch Eintragung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam werden. Die beteiligten Gesellschaften werden dies gegebenenfalls

durch einen entsprechenden Nachtrag zur Registeranmeldung sicherstellen. Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend, wenn die Verschmelzung nicht bis zum Ablauf des 31. Januar eines jeweiligen Folgejahres in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft eingetragen ist.

- 11.3 Falls die Verschmelzung erst nach der ordentlichen Hauptversammlung der übertragenden Gesellschaft im Jahre 2018 in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft eingetragen wird, sind die zur Durchführung der Verschmelzung ausgegebenen neuen Aktien der übernehmenden Gesellschaft abweichend von § 3.5 dieses Verschmelzungsplans erst ab dem 1. Januar 2018 gewinnberechtigt. Bei einer weiteren Verzögerung der Eintragung über die ordentliche Hauptversammlung der übertragenden Gesellschaft eines jeweiligen Folgejahres hinaus verschiebt sich der Beginn der Gewinnberechtigung jeweils entsprechend der vorstehenden Regelung um ein Jahr.

§ 12 Schlussbestimmungen

- 12.1 Dieser gemeinsame Verschmelzungsplan wird wirksam, wenn ihm die Hauptversammlung der übertragenden Gesellschaft zugestimmt hat. Eine Zustimmung der Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft ist dann erforderlich, wenn Aktionäre der übernehmenden Gesellschaft, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals dieser Gesellschaft erreichen, die Einberufung der Hauptversammlung wirksam verlangen, in der über die Zustimmung zu der Verschmelzung beschlossen wird (Art. 9 lit. c) ii), Art. 10 SE-VO in Verbindung mit §§ 122a Abs. 2, 62 Abs. 2 Satz 1 UmwG). In jedem Fall bedarf der Verschmelzungsplan der Zustimmung des Vorstands der übernehmenden Gesellschaft sowie des Verwaltungsrats der übertragenden Gesellschaft.
- 12.2 Die Wirksamkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung gegenüber Dritten tritt mit der Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft ein.
- 12.3 Die übernehmende Gesellschaft und die übertragenden Gesellschaft können die Gültigkeit dieses Verschmelzungsplans durch einseitige schriftliche Erklärung mit sofortiger Wirkung entfallen lassen, wenn die Verschmelzung nicht bis zum 31. Dezember 2018 durch Eintragung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft wirksam geworden ist.

12.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieses gemeinsamen Verschmelzungsplans nichtig, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle der nichtigen, unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine Bestimmung, die demjenigen am nächsten kommt, was von den Parteien mit der nichtigen, unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich gewollt war. Gleiches gilt im Falle von Regelungslücken.

12.5 Sämtliche diesem Verschmelzungsplan beigefügten Anlagen bilden einen integralen Bestandteil des Verschmelzungsplans.

Anlage 1

Bilanz der Vonovia SE zum 30. April 2017

Vonovia SE, Düsseldorf

Amtsgericht Düsseldorf / HRB 68115

Bilanz zum 30. April 2017

AKTIVA	30/04/2017	31/12/2016
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	9 807 464,69	9 426 000,33
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8 486 037,67	7 462 762,92
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9 612 025 987,88	8 073 910 776,62
2. Beteiligungen	405 449 443,82	405 449 443,82
3. Geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen	0,00	3 719 175,24
4. Sonstige Ausleihungen	3 819 076,28	3 819 446,92
	10 021 294 507,98	8 486 898 842,60
	10 039 588 010,34	8 503 787 605,85

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Forderungen und sonstige			
Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2 465 075 592,56		1 083 366 179,89
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7 287 856,94		7 370 689,26
	<hr/>	2 472 363 449,50	<hr/>
			1 090 736 869,15
II. Kassenbestand und Guthaben bei			
Kreditinstituten		306 005 750,76	914 041 099,23
		<hr/>	<hr/>
		2 778 369 200,26	2 004 777 968,38
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		4 959 850,79	3 014 147,72
Bilanzsumme		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>
		12 822 917 061,39	10 511 579 721,95

Vonovia SE, Düsseldorf
Amtsgericht Düsseldorf / HRB 68115
Bilanz zum 30. April 2017

-

PASSIVA	30/04/2017		31/12/2016
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		468 796 936,00	466 000 624,00
II. Kapitalrücklage		5 481 580 931,14	5 393 305 215,52
III. Bilanzgewinn		802 881 048,32	802 881 048,32
IV. Zwischenergebnis 01.01. - 30.04.2017		-25 425 787,55	0,00
		<hr/>	<hr/>
		6 727 833 127,91	6 662 186 887,84

B. RÜCKSTELLUNGEN

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	48 992 144,16	47 450 712,48
2. Steuerrückstellungen	7 495 911,00	7 508 888,55
3. Sonstige Rückstellungen	63 810 039,21	69 765 462,84
	<u>120 298 094,37</u>	<u>124 725 063,87</u>

C. VERBINDLICHKEITEN

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69 000 000,00	32 000 000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3 961 720,20	2 227 870,10
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5 892 773 825,88	3 677 994 364,89
4. Sonstige Verbindlichkeiten	9 050 293,03	12 445 535,25
	<u>5 974 785 839,11</u>	<u>3 724 667 770,24</u>

Bilanzsumme12 822 917 061,3910 511 579 721,95**Anlage 2****Bilanz der Gagfah S.A. zum 30. April 2017****GAGFAH S.A. (Société anonyme)****R.C.S. Luxembourg B 109.526****Bilanz zum 30. April 2017**

AKTIVA	30/04/2017	31/12/2016
	EUR	EUR
Anlagevermögen	1 871 699 112,23	1 882 930 653,77
Finanzanlagen	1 871 699 112,23	1 882 930 653,77
Anteile an verbundenen Unternehmen	1 867 005 218,43	1 741 294 759,97
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4 693 893,80	141 635 893,80

Umlaufvermögen	1 141 584,51	137 363 297,20
Forderungen	1 123 341,37	137 085 755,97
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	222 358,24	136 191 961,24
Sonstige Forderungen	900 983,13	893 794,73
Guthaben bei Kreditinstituten	18 243,14	277 541,23
Rechnungsabgrenzungsposten	730 725,73	735 455,70
Summe Aktiva	1 873 571 422,47	2 021 029 406,67

GAGFAH S.A. (Société anonyme)
R.C.S. Luxembourg B 109.526
Bilanz zum 30. April 2017

PASSIVA	30/04/2017	31/12/2016
	EUR	EUR
Eigenkapital	1 436 148 043,02	1 437 599 844,06
Gezeichnetes Kapital	307 720 222,50	307 720 222,50
Kapitalrücklage	1 579 933 822,13	1 579 933 822,13
Rücklagen	28 200 180,75	28 200 180,75
<i>Gesetzliche Rücklage</i>	<i>28 200 180,75</i>	<i>28 200 180,75</i>
Ergebnisvortrag	-478 254 381,32	-463 066 444,42
Zwischenergebnis 01.01. - 30.04.2017 (i. Vj. Ergebnis des Geschäftsjahres)	-1 451 801,04	-15 187 936,90
Verbindlichkeiten	437 423 379,45	583 429 562,61

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	436 815 637,49	582 647 950,50
Sonstige Verbindlichkeiten	607 741,96	781 612,11
Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	9 481,43	3 065,47
Sonstige Verbindlichkeiten	598 260,53	778 546,64
Summe Passiva	1 873 571 422,47	2 021 029 406,67

Anlage 3

Satzung der Vonovia SE zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Verschmelzungsplans

- Verbindliche Fassung -

Satzung der Vonovia SE

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Rechtsform, Name und Sitz

1.1 Die Gesellschaft ist eine europäische Gesellschaft (Societas Europaea, SE), sie führt die Firma **Vonovia SE**.

1.2 Sie hat ihren Sitz in Düsseldorf, Deutschland.

§ 2 Unternehmensgegenstand

2.1 Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Immobiliengeschäften und damit zusammenhängender Geschäfte jedweder Art, insbesondere der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von bebauten oder unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Deutschland und im Ausland. Die Gesellschaft kann ferner Beteiligungen an deutschen oder ausländischen Personen- und (börsennotierten und nicht börsennotierten) Kapitalgesellschaften erwerben, halten und veräußern, die die vorbezeichneten Geschäfte betreiben.

2.2 Die Gesellschaft kann sich insbesondere auf den Gebieten des Erwerbs, der Errichtung, des Betriebs, der Betreuung, der Bewirtschaftung und der Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen betätigen und alle im Bereich der Bewirtschaftung von Wohnungs- und Gewerbebauten, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, insbesondere Grundstücke

erwerben, entwickeln, erschließen, sanieren, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann sich ferner im Bereich der Entwicklung und Vermarktung von technischem, kaufmännischem und sonstigem Know-how und der Bereitstellung von Dienstleistungen aller Art im Zusammenhang mit dem beschriebenen Unternehmensgegenstand betätigen.

2.3 Die Gesellschaft kann jede ihrer Beteiligungen veräußern und ihr Geschäft oder ihr Vermögen insgesamt oder Teile davon abspalten oder an verbundene Unternehmen übertragen. Sie kann ferner Unternehmen unter einheitlicher Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung von Beteiligungen beschränken.

2.4 Die Gesellschaft darf auch andere Geschäfte betreiben, wenn diese geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu verwirklichen. Die Gesellschaft ist berechtigt, den Unternehmensgegenstand auch nur teilweise auszufüllen oder durch Unternehmen zu verfolgen, an denen sie beteiligt ist. Sie kann Zweigniederlassungen in Deutschland und im Ausland errichten.

2.5 Tätigkeiten, welche die Gesellschaft zu einem Investmentvermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches machen würden, werden nicht ausgeübt. Insbesondere wurde die Gesellschaft nicht mit dem Hauptzweck gegründet, ihren Aktionären durch Veräußerung ihrer Tochterunternehmen oder verbundenen Unternehmen eine Rendite zu verschaffen.

§ 3 Geschäftsjahr, Bekanntmachungen und Übermittlung von Informationen

3.1 Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

3.2 Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.

3.3 Informationen an die Aktionäre dürfen auch im Wege der Datenfernübertragung übermittelt werden, soweit dies nach gesetzlichen Vorschriften zulässig ist.

II. Grundkapital und Aktien

§ 4 Gezeichnetes Kapital und Aktien

4.1 Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt €468.796.936,00 (in Worten: Euro vierhundertachtundsechzig Millionen siebenhundertsechundneunzigtausend neunhundert-sechunddreißig) und ist eingeteilt in 468.796.936 Stückaktien (Aktien ohne Nominalbetrag).

4.2 Die Aktien lauten auf den Namen. Aktien aus einer Kapitalerhöhung lauten gleichfalls auf den Namen, es sei denn, im Beschluss über die Kapitalerhöhung wird

eine andere Bestimmung getroffen.

4.3 Die Gesellschaft ist berechtigt, Urkunden über einzelne Aktien (Einzelurkunden) oder über mehrere Aktien (Sammelurkunden) auszustellen. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer jeweiligen Anteile ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist und nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind.

4.4 Die Form und der Inhalt der Aktienurkunden sowie etwaiger Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine werden vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat bestimmt. Das gleiche gilt für Schuldverschreibungen und Schuldscheine.

4.5 Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien abweichend von § 60 Abs. 2 AktG festgelegt werden.

§ 5 Genehmigtes Kapital

5.1 Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. Juni 2018 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von bis zu 1.900.790 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu € 1.900.790,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist grundsätzlich das gesetzliche Bezugsrecht auf die neuen Aktien zu gewähren.

5.2 Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre nach näherer Maßgabe der folgenden Bestimmungen ganz oder teilweise, einmalig oder mehrmals auszuschließen:

- a) um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- b) soweit dies erforderlich ist, um den Inhabern von Optionsrechten, Options- oder Wandelanleihen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. einer Kombination dieser Instrumente), die von der Gesellschaft (oder von abhängigen oder in Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Gesellschaften) ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungs- oder Optionsrechte zustünde;
- c) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen neuen Aktien einen rechnerischen Anteil von insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals, vorausgesetzt, dass auf

diese Begrenzung auf 10 % des Grundkapitals der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen ist,

(i) der auf Aktien entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals aufgrund einer Ermächtigung zur Veräußerung eigener Aktien gemäß §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss eines Bezugsrechts veräußert werden;

(ii) der auf Aktien entfällt, die zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen oder Schuldverschreibungen mit einer Wandel- oder Optionspflicht ausgegeben werden können oder ausgegeben wurden, soweit die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden;

(iii) der auf Aktien entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals auf der Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden.

d) bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien insbesondere – aber nicht ausschließlich – zum Zweck des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen und sonstigen mit einem Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden Vermögensgegenständen (einschließlich Forderungen), Immobilien und Immobilienportfolios, oder zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsschuldverschreibungen oder einer Kombination dieser Instrumente die gegen Sacheinlage begeben werden;

e) beschränkt auf die Ausgabe von bis zu 2.500.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlage, soweit dies erforderlich ist, um Aktien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsführungen verbundener Unternehmen auszugeben.

Soweit gesetzlich zulässig, können die Belegschaftsaktien auch in der Weise ausgegeben werden, dass die auf sie zu leistende Einlage aus dem Teil des Jahresüberschusses gedeckt wird, den Vorstand und Aufsichtsrat nach § 58 Abs. 2 AktG in andere Gewinnrücklagen einstellen können. Die neuen Aktien können dabei auch an ein geeignetes Kreditinstitut ausgegeben werden, das die Aktien mit der

Verpflichtung übernimmt, sie ausschließlich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder von mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen weiterzugeben.

Ferner können die neuen Aktien gegen Bareinlage von einem Kreditinstitut gezeichnet werden, damit die Gesellschaft die so gezeichneten Aktien zurückerwerben kann, um diese an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsführungen verbundener Unternehmen auszugeben.

5.3 Soweit das Bezugsrecht nach den vorstehenden Bestimmungen nicht ausgeschlossen wird, kann das Bezugsrecht den Aktionären, sofern dies vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats bestimmt wird, auch im Wege eines mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 5 AktG oder auch teilweise im Wege eines unmittelbaren Bezugsrechts (etwa an bezugsberechtigte Aktionäre, die vorab eine Festbezugserklärung abgegeben haben) und im Übrigen im Wege eines mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 5 AktG gewährt werden.

5.4 Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung, insbesondere den Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe, festzulegen.

5.5 Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 5 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals sowie nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern.

§ 5a Genehmigtes Kapital

5a.1 Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 29. April 2020 um bis zu €60.461.616,00 einmalig oder mehrmals durch Ausgabe von bis zu 60.461.616 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2015). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

5a.2 Die Aktien können dabei nach § 186 Abs. 5 AktG auch von einem oder mehreren Kreditinstitut(en) mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten (sog. mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats für eine oder mehrere Kapitalerhöhungen im Rahmen des

genehmigten Kapitals auszuschließen:

- (i) um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- (ii) soweit es erforderlich ist, um Inhabern bzw. Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) (nachstehend zusammen „Schuldverschreibungen“), die mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. Wandlungs- oder Optionspflichten ausgestattet sind und die von der Gesellschaft oder einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungsgesellschaft ausgegeben wurden oder noch werden, ein Bezugsrecht auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung von Wandlungs- oder Optionspflichten als Aktionär zustünde;
- (iii) zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und Abs. 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und der auf die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung von 10 % des Grundkapitals Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. mit Wandlungs- oder Optionspflichten ausgegeben wurden oder auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG gegen Bareinlagen ausgegeben wurden,
- (iv) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen insbesondere – aber ohne

Beschränkung hierauf – zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen und sonstigen mit einem Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden Vermögensgegenständen (einschließlich Forderungen), Immobilien und Immobilienportfolios, oder zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsschuldverschreibungen oder einer Kombination dieser Instrumente, die gegen Sacheinlage begeben werden; und

(v) beschränkt auf die Ausgabe von bis zu 2.500.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlage, soweit dies erforderlich ist, um Aktien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrats, der Geschäftsführungen und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben.

Soweit gesetzlich zulässig, können die Belegschaftsaktien auch in der Weise ausgegeben werden, dass die auf sie zu leistende Einlage aus dem Teil des Jahresüberschusses gedeckt wird, den Vorstand und Aufsichtsrat nach § 58 Abs. 2 AktG in andere Gewinnrücklagen einstellen können.

Ferner können die neuen Aktien gegen Bareinlage von einem Kreditinstitut gezeichnet werden, damit die Gesellschaft die so gezeichneten Aktien zurückerwerben kann, um diese an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrats, der Geschäftsführungen und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben.

5a.3 Die in den vorstehenden Absätzen enthaltenen Ermächtigungen zum Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhungen gegen Bar- und/oder Sacheinlagen sind insgesamt auf einen Betrag, der 20 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung, beschränkt. Auf die vorgenannte 20 %-Grenze sind darüber hinaus auch eigene Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts veräußert werden, sowie diejenigen Aktien, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen ausgegeben werden, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung

aufgrund der Ermächtigung unter Tagesordnungspunkt 10 der Hauptversammlung vom 30. April 2015 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben wurden. Auf die vorgenannte Höchstgrenze von 20 % des Grundkapitals sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG gegen Bareinlagen ausgegeben wurden.

5a.4 Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

5a.5 Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 4.1 und § 5a der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2015 sowie nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern.

§ 5b Genehmigtes Kapital

5b.1 Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 11. Mai 2021 um bis zu EUR 167.841.594,00 einmalig oder mehrmals durch Ausgabe von bis zu 167.841.594 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

5b.2 Die Aktien können dabei nach § 186 Abs. 5 AktG auch von einem oder mehreren Kreditinstitut(en) oder einem oder mehreren nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten (sog. mittelbares Bezugsrecht).

5b.3 Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats für eine oder mehrere Kapitalerhöhungen im Rahmen des genehmigten Kapitals auszuschließen,

- (i) um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- (ii) soweit es erforderlich ist, um Inhabern bzw. Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) (nachstehend zusammen „Schuldverschreibungen“), die mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. Wandlungs- oder Optionspflichten ausgestattet sind und die von der Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängiger oder im unmittelbaren oder

mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Gesellschaften ausgegeben wurden oder noch werden, ein Bezugsrecht auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung von Wandlungs- oder Optionspflichten als Aktionär zustünde;

(iii) zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und Abs. 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und der auf die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung von 10 % des Grundkapitals Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. mit Wandlungs- oder Optionspflichten ausgegeben wurden oder auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden, insbesondere aus dem Genehmigten Kapital 2013 sowie dem Genehmigten Kapital 2015. Die gemäß den vorstehenden Sätzen 2 bis 4 dieses Absatzes verminderte Höchstgrenze wird mit Wirksamwerden einer nach der Verminderung von der Hauptversammlung beschlossenen neuen Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß oder entsprechend § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG wieder erhöht, soweit die neue Ermächtigung reicht, höchstens aber bis zu 10 % des Grundkapitals nach den Vorgaben von Satz 1 dieses Absatzes;

(iv) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen insbesondere – aber ohne Beschränkung hierauf – zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von

Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen und sonstigen mit einem Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden Vermögensgegenständen (einschließlich Forderungen), Immobilien und Immobilienportfolios, oder zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsschuldverschreibungen oder einer Kombination dieser Instrumente, die gegen Sacheinlage begeben werden; und

(v) beschränkt auf die Ausgabe von bis zu 2.500.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlage, soweit dies erforderlich ist, um Aktien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrates und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben.

Soweit gesetzlich zulässig, können die Belegschaftsaktien auch in der Weise ausgegeben werden, dass die auf sie zu leistende Einlage aus dem Teil des Jahresüberschusses gedeckt wird, den Vorstand und Aufsichtsrat nach § 58 Abs. 2 AktG in andere Gewinnrücklagen einstellen können.

Ferner können die neuen Aktien gegen Bareinlage von einem Kreditinstitut gezeichnet werden, damit die Gesellschaft die so gezeichneten Aktien zurückerwerben kann, um diese an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrates und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben.

5b.4 Die in den vorstehenden Absätzen enthaltenen Ermächtigungen zum Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhungen gegen Bar- und/oder Sacheinlagen sind insgesamt auf einen Betrag, der 20 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung, beschränkt. Auf die vorgenannte 20 %-Grenze sind darüber hinaus auch eigene Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts veräußert werden, sowie diejenigen Aktien, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen ausgegeben werden, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund der Ermächtigung unter Tagesordnungspunkt 10 der Hauptversammlung vom 30. April 2015 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre oder aufgrund

der Ermächtigung unter Tagesordnungspunkt 8 der Hauptversammlung vom 12. Mai 2016 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben wurden. Auf die vorgenannte Höchstgrenze von 20 % des Grundkapitals sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben wurden, insbesondere aus dem Genehmigten Kapital 2013 sowie dem Genehmigten Kapital 2015. Die gemäß den vorstehenden Sätzen 2 und 3 dieses Absatzes verminderte Höchstgrenze wird mit Wirksamwerden einer nach der Verminderung von der Hauptversammlung beschlossenen neuen Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wieder erhöht, soweit die neue Ermächtigung reicht, höchstens aber bis zu 20 % des Grundkapitals nach den Vorgaben von Satz 1 dieses Absatzes.

5b.5 Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

5b.6 Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 4.1 und § 5b der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2016 sowie nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern.

§ 6 Bedingtes Kapital

6.1 Zur Bedienung der aufgrund des von der Hauptversammlung vom 12. Mai 2016 unter Tagesordnungspunkt 8 gefassten Ermächtigungsbeschlusses begebaren Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) (nachstehend gemeinsam „Schuldverschreibungen“) wird ein bedingtes Kapital geschaffen.

6.2 Das Grundkapital ist um bis zu EUR 233.000.312,00 durch Ausgabe von bis zu 233.000.312 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2016).

6.3 Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Schuldverschreibungen, die von der Gesellschaft oder abhängigen oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Gesellschaften aufgrund des vorstehenden Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung ausgegeben bzw. garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen bzw. Wandlungs- oder Optionspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllen oder soweit die Gesellschaft anstelle der

Zahlung des fälligen Geldbetrags Aktien der Gesellschaft gewährt und soweit die Wandlungs- oder Optionsrechte bzw. Wandlungs- oder Optionspflichten nicht durch eigene Aktien, durch Aktien aus genehmigtem Kapital oder durch andere Leistungen bedient werden.

6.4 Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe des vorstehenden Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung jeweils festzulegenden Wandlungs- oder Optionspreis.

6.5 Die neuen Aktien nehmen von dem Beginn des Geschäftsjahrs, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten, durch die Erfüllung von Wandlungs- oder Optionspflichten oder durch Gewährung anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags entstehen, und für alle nachfolgenden Geschäftsjahre am Gewinn teil; abweichend hiervon kann der Vorstand, sofern rechtlich zulässig, mit Zustimmung des Aufsichtsrats festlegen, dass die neuen Aktien vom Beginn des Geschäftsjahrs an, für das im Zeitpunkt der Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten, der Erfüllung von Wandlungs- oder Optionspflichten oder der Gewährung anstelle des fälligen Geldbetrags noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teilnehmen.

6.6 Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

6.7 Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, § 4.1 und § 6.2 der Satzung entsprechend der jeweiligen Inanspruchnahme des bedingten Kapitals und nach Ablauf sämtlicher Options- und Wandlungsfristen zu ändern.

III.

§ 7 Verfassung der Gesellschaft

Die Organisationsverfassung der Gesellschaft folgt dem dualistischen System. Die Organe der Gesellschaft sind das geschäftsführende Organ („Vorstand“), das Aufsichtsorgan („Aufsichtsrat“) und die Hauptversammlung („Hauptversammlung“).

IV. Der Vorstand

§ 8 Aufgaben und Zusammensetzung des Vorstands

8.1 Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen.

8.2 Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Gesellschaft unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, dieser Satzung und der Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsrat erlassen ist.

8.3 Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl. Die Vorstandsmitglieder werden für eine Amtszeit bestellt, die sechs Jahre nicht überschreitet. Wiederbestellungen, jeweils für höchstens sechs Jahre, sind zulässig. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen.

8.4 Ist ein Vorsitzender des Vorstands bestellt, so ist er berechtigt, einem Vorstandsbeschluss zu widersprechen (Veto-Recht). Übt der Vorsitzende sein Veto-Recht aus, gilt der Beschluss als nicht gefasst.

8.5 Die folgenden Geschäfte und Maßnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Aufsichtsrat:

a) Festlegung des Wirtschaftsplans (einschließlich Investitions-, Personal- und Finanzplanung) für den Vonovia-Konzern für das nachfolgende Geschäftsjahr (Budget);

b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Unternehmensverträgen gemäß §§ 291, 292 Aktiengesetz; und

c) die Gründung und die Liquidation von Gesellschaften sowie der Erwerb und die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen oder von Geschäftsbetrieben, sofern der Wert (einschließlich Übernahme von Verbindlichkeiten) im Einzelfall einen vom Aufsichtsrat näher festzulegenden Wert übersteigt.

Der Aufsichtsrat kann über die vorstehend genannten Geschäfte und Maßnahmen hinaus weitere Arten von Geschäften und Maßnahmen von seiner Zustimmung abhängig machen.

8.6 Der Aufsichtsrat hat das Recht, eine Geschäftsordnung für den Vorstand zu erlassen. Falls der Aufsichtsrat keine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt, gibt sich der Vorstand selbst durch einstimmigen Beschluss aller Vorstandsmitglieder eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf.

§ 9 Vertretung

9.1 Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

9.2 Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass alle oder einzelne Vorstandsmitglieder einzelvertretungsbefugt und befugt sind, im Namen der Gesellschaft mit sich als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen (Befreiung vom Verbot der Mehrfachvertretung des § 181 2. Alt. BGB).

V. Der Aufsichtsrat

§ 10 Befugnisse und Aufgaben des Aufsichtsrats

10.1 Die Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats werden durch das Gesetz und diese Satzung bestimmt.

10.2 Der Zuständigkeit des Aufsichtsrats unterliegt auch die Beauftragung des Abschlussprüfers nach dessen Wahl durch die Hauptversammlung.

10.3 Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieser Satzung. Der Aufsichtsrat bildet Ausschüsse und überträgt diesen in der Geschäftsordnung niedergelegte Aufgaben.

10.4 Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen dieser Satzung zu beschließen, die nur deren Fassung betreffen.

§ 11 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit

11.1 Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf (12) Mitgliedern.

11.2 Die Aufsichtsratsmitglieder werden jeweils für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, sofern die Hauptversammlung nicht bei der Wahl für alle oder einzelne Aufsichtsratsmitglieder eine kürzere Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird bei der Berechnung der Amtszeit nicht mitgerechnet. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

11.3 Für alle oder einzelne Aufsichtsratsmitglieder können gleichzeitig mit der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder Ersatzmitglieder gewählt werden, die jeweils an die Stelle eines vorzeitig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieds, als dessen Ersatzmitglied sie gewählt wurden, treten, sofern nicht vor Wirksamwerden des Ausscheidens durch die Hauptversammlung ein neues Aufsichtsratsmitglied gewählt wird. Tritt ein Ersatzmitglied an die Stelle des Ausscheidenden, so erlischt sein Amt mit der Beendigung der nächsten Hauptversammlung, in der ein Nachfolger für den Ausgeschiedenen bestellt wird (entziehende Nachwahl). Die entziehende Nachwahl bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen. Das Amt des Ersatzmitglieds erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

11.4 Die Bestellung des Nachfolgers eines vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds erfolgt für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds, sofern die Hauptversammlung nicht im Rahmen von § 11.2 eine andere

Amtszeit beschließt.

11.5 Jedes Aufsichtsratsmitglied und jedes Ersatzmitglied kann sein Amt durch schriftliche Mitteilung gegenüber der Gesellschaft, vertreten durch den Vorstand, niederlegen. Es genügt die Mitteilung gegenüber einem Vorstandsmitglied. Die Niederlegung hat mit einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen, es sei denn die Niederlegung erfolgt aus wichtigem Grund, die mit sofortiger Wirkung möglich ist. Der Vorstand kann einer Verkürzung der Niederlegungsfrist oder einem Verzicht auf die Wahrung der Niederlegungsfrist zustimmen.

§ 12 Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

12.1 Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden („Vorsitzender“) und dessen Stellvertreter („Stellvertreter“).

12.2 Die Amtszeit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters entspricht, soweit bei der Wahl nicht eine kürzere Amtszeit bestimmt wird, der Amtszeit als Mitglieder des Aufsichtsrats. Diese Wahl findet im Anschluss an die Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder gewählt worden sind, in einer ohne besondere Einberufung abgehaltenen Sitzung statt.

12.3 Scheidet der Aufsichtsratsvorsitzende oder der Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus, so wählt der Aufsichtsrat unverzüglich einen Nachfolger für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen. Bei einem vorzeitigen Ausscheiden des Aufsichtsratsvorsitzenden erfolgt die Einberufung des Aufsichtsrats zu Sitzungen durch den Stellvertreter.

12.4 Ist der Vorsitzende an der Wahrnehmung der Befugnisse und Aufgaben seines Amtes verhindert, so hat der Stellvertreter diese an seiner statt wahrzunehmen.

§ 13 Vergütung des Aufsichtsrats

13.1 Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält eine jährliche feste Grundvergütung in Höhe von € 100.000,00.

13.2 Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, ein stellvertretender Vorsitzender erhält das Eineinhalbfache dieses Betrags. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche feste Vergütung in Höhe von € 40.000,00; der Ausschussvorsitzende erhält das Doppelte.

13.3 Aufsichtsratsmitglieder, die einem oder mehreren anderen Ausschüssen des Aufsichtsrats angehören, die mindestens einmal im Jahr tätig geworden sind, erhalten für die Mitgliedschaft in jedem Ausschuss eine zusätzliche jährliche feste Vergütung in Höhe von € 20.000,00, im Falle des Ausschussvorsitzenden € 40.000,00.

13.4 Die Summe sämtlicher Vergütungen nach diesem § 13 zuzüglich Vergütungen für die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und vergleichbaren Kontrollgremien von Konzernunternehmen darf je Aufsichtsratsmitglied unabhängig von der Zahl der Ausschussmitgliedschaften und der Funktionen einen Betrag in Höhe von € 300.000,00 je Kalenderjahr nicht übersteigen.

13.5 Sämtliche vorgenannten Vergütungen sind jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbar. Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss des Aufsichtsrats nur während eines Teils des Geschäftsjahres angehört haben, erhalten für dieses Geschäftsjahr eine entsprechende, auf ganze Monate aufgerundete, zeitanteilige Vergütung.

13.6 Die Gesellschaft erstattet den Mitgliedern des Aufsichtsrats die durch die Ausübung ihres Amtes entstehenden angemessenen Auslagen. Die Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet, soweit die Mitglieder des Aufsichtsrats berechtigt sind, die Umsatzsteuer der Gesellschaft gesondert in Rechnung zu stellen, und sie dieses Recht ausüben.

13.7 Die Gesellschaft schließt für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Haftpflichtversicherung (sogenannte „D&O Versicherung“) mit einer angemessenen Versicherungssumme ab.

VI. Die Hauptversammlung

§ 14 Ort und Einberufung der Hauptversammlung

14.1 Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer deutschen Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern statt.

14.2 Die Einberufung der Hauptversammlung muss, sofern das Gesetz keine abweichende Frist vorsieht, mindestens dreißig (30) Tage vor dem Tag der Hauptversammlung durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger erfolgen. Die Mindestfrist verlängert sich um die Tage der Anmeldefrist des § 15.1. Für die Fristberechnung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

§ 15 Teilnahme an der Hauptversammlung

15.1 Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich zuvor bei der Gesellschaft zur Hauptversammlung angemeldet haben und die für die angemeldeten Aktien im Aktienregister eingetragen sind. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse in Textform (§ 126b BGB) und in deutscher oder englischer Sprache mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung

zugehen. Der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs der Anmeldung sind nicht mitzurechnen.

15.2 Der Vorstand ist ermächtigt, die auszugsweise oder vollständige Bild- und Tonübertragung der Hauptversammlung zuzulassen. Er macht dies mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt.

15.3 Der Vorstand ist ermächtigt, vorzusehen, dass die Aktionäre an der Hauptversammlung auch ohne Anwesenheit an deren Ort und ohne einen Bevollmächtigten teilnehmen und sämtliche oder einzelne ihrer Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können. Macht der Vorstand von dieser Ermächtigung Gebrauch, macht er die näheren Einzelheiten des Verfahrens mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt. Aktionäre, die gemäß Satz 1 an der Hauptversammlung teilnehmen, sind nicht berechtigt, gegen die Beschlüsse der Hauptversammlung Widerspruch einzulegen und/oder diese anzufechten.

§ 16 Durchführung der Hauptversammlung

16.1 Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats (oder im Falle seiner Verhinderung der Stellvertreter). Für den Fall, dass der Stellvertreter nicht als Versammlungsvorsitzender zur Verfügung steht oder der Vorsitzende des Aufsichtsrats kein Aufsichtsratsmitglied zum Versammlungsvorsitzenden bestimmt hat, wählen die in der Hauptversammlung anwesenden Aufsichtsratsmitglieder den Versammlungsvorsitzenden. Wenn eine Wahl nach dem vorstehenden Verfahren nicht zustande kommt, wird der Versammlungsvorsitzende von der Hauptversammlung gewählt. Gewählt werden kann in den Fällen von Satz 2 und Satz 3 auch eine Person, die nicht Mitglied des Aufsichtsrats ist.

16.2 Der Versammlungsvorsitzende leitet die Versammlung. Er bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung behandelt werden, sowie die Art und Reihenfolge der Abstimmung. Der Versammlungsvorsitzende kann die Reihenfolge der Redebeiträge bestimmen und ist ermächtigt, das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Er ist insbesondere berechtigt, zu Beginn der Hauptversammlung oder während ihres Verlaufs einen zeitlich angemessenen Rahmen für den gesamten Hauptversammlungsverlauf, für den einzelnen Tagesordnungspunkt oder für den einzelnen Frage- oder Redebeitrag festzusetzen.

§ 17 Beschlüsse der Hauptversammlung

17.1 Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

17.2 Das Stimmrecht kann nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden.

17.3 Der Vorstand ist ermächtigt, vorzusehen, dass Aktionäre ihre Stimmen, auch ohne an der Hauptversammlung teilzunehmen, schriftlich oder im Wege der elektronischen Kommunikation abgeben dürfen (Briefwahl). Macht der Vorstand von dieser Ermächtigung Gebrauch, macht er die näheren Einzelheiten des Verfahrens der Briefwahl mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt.

17.4 Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst (Stimmenmehrheit). In den Fällen, in denen das Aktiengesetz außerdem zur Beschlussfassung eine Mehrheit des vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt, soweit dies gesetzlich zulässig ist, die einfache Mehrheit des vertretenen Kapitals (Kapitalmehrheit).

17.5 Beschlüsse, die gemäß § 17.4 mit einfacher Stimmen- oder Kapitalmehrheit gefasst werden können sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, alle Beschlüsse der Hauptversammlung über

- a) Kapitalerhöhungen mit Bezugsrecht der Aktionäre gegen Einlagen (§ 182 Abs. 1 AktG),
- b) Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln (§ 207 Abs. 2 AktG i.V.m. § 182 Abs. 1 AktG), und
- c) Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und sonstigen Instrumenten, auf die die Aktionäre ein Bezugsrecht haben (§ 221 AktG).

VII. Jahresabschluss und Gewinnverwendung

§ 18 Jahresabschluss

Die Aufstellung, Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses erfolgen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

§ 19 Gewinnverwendung

19.1 Die Hauptversammlung beschließt alljährlich in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres insbesondere über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats, über die Verwendung des Bilanzgewinns und über die Wahl des Abschlussprüfers.

19.2 Nach Ablauf des Geschäftsjahres kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen des § 59 AktG eine Abschlagsdividende an die Aktionäre ausschütten.

19.3 Die Hauptversammlung kann beschließen, den gesamten Bilanzgewinn oder einen Teil davon im Wege der Bar- oder Sachausschüttung auszuschütten.

VIII. Schlussbestimmungen

§ 20 Kosten und andere Regelungen

20.1 Das Grundkapital der Gesellschaft wurde in Höhe von € 199.880.000 aufgrund einer nominellen Kapitalerhöhung geschaffen. Das restliche Grundkapital wurde durch eine formwechselnde Umwandlung der Deutschen Annington Immobilien AG mit Sitz in Düsseldorf in Deutsche Annington Immobilien SE geschaffen. Das Grundkapital der Deutsche Annington Immobilien AG wurde davor durch eine rechtsformwechselnde Umwandlung der Deutsche Annington Immobilien GmbH mit Sitz in Düsseldorf geschaffen.

20.2 Im Zusammenhang mit der oben unter § 20.1 beschriebenen formwechselnden Umwandlung der Gesellschaft wurden die folgenden Regelungen in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen:

Die Gesellschaft trägt die Kosten der formwechselnden Umwandlung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in die Aktiengesellschaft (Notar- und Gerichtskosten, Kosten der Veröffentlichung, Kosten der rechtlichen und steuerlichen Beratung einschließlich der Kosten für die Gründungsprüfung und der Kosten für die Gesellschafterversammlung) bis zu einem Betrag von € 80.000,00. Weiterhin trägt die Gesellschaft die Kosten der nachfolgenden formwechselnden Umwandlung der Aktiengesellschaft in die SE (Notar- und Gerichtskosten, Kosten der Veröffentlichung, Kosten der rechtlichen und steuerlichen Beratung einschließlich der Kosten für die Prüfung nach Art. 37 Abs. 6 der SE-Verordnung, die Kosten der Gesellschafterversammlung und der Verhandlung der Arbeitnehmermitbestimmung) bis zu einem Betrag von € 235.000,00.

20.3 Jeder Aktionär ist gegenüber seinen Mitaktionären verpflichtet, das aufgrund seiner Mitgliedschaftsrechte anwendbare Recht und Gesetz zu beachten; dies gilt auch im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten mit der Gesellschaft.

- Convenience Translation -

Articles of Association of Vonovia SE

I. General provisions

Sec. 1 Legal Form, Name and Registered Seat

1.1 The Company is a European Company (Societas Europaea, SE) with the name Vonovia SE.

1.2 The Company's registered seat is in Düsseldorf, Germany.

Sec. 2 Purpose of the Company

2.1 The corporate purpose of the Company is the conduct of real estate business and any related business of any kind, in particular the acquisition, the administration and the sale of developed and undeveloped properties and rights equivalent to title rights in real estate in Germany and abroad. Moreover, the Company may acquire, hold or dispose of participations in German and foreign partnerships and (listed and private) corporations that conduct the aforementioned business activities.

2.2 The Company may in particular be active in the fields of acquiring, erecting, conducting, supervising, operating and managing buildings in all legal forms and usage types and assume all tasks arising in the fields of operating residential and commercial buildings, of urban development and infrastructure, in particular acquiring, developing, improving, redeveloping, encumbering, selling real estate and granting hereditary building rights (Erbbaurechte). The Company may further be active in the fields of developing and marketing any technical, commercial and other know-how and providing services of any kind in connection with the aforementioned object of the Company.

2.3 The Company may dispose of any of its shareholdings and may in whole or in part carve out or transfer its business or any of its assets to affiliated entities. The Company is entitled to centralize under its direction/control companies in which it holds an interest and/or restrict its activities to the management of such interest(s).

2.4 The Company may also engage in any other business if this is suitable to achieve the corporate purpose of the Company. The Company may restrict its activities to the partial performance of the corporate purpose or may act through companies in which the Company holds an interest. The Company may establish branches in Germany and abroad.

2.5 The company does not engage in activities which would qualify it as an investment fund within the meaning of the German Capital Investment Code (Kapitalanlagegesetzbuch). In particular, the company was not established for the main purpose of generating returns for its shareholders by divestment of its subsidiaries or affiliated companies.

Sec. 3 Financial Year, Announcements and Transmission of Information

3.1 The Company's financial year corresponds to the calendar year.

3.2 All publications of the Company shall be made in the federal gazette (Bundesanzeiger).

3.3 Information may also be transferred to the shareholders by way of electronic transmission, to the extent permissible under statutory law.

II. Share Capital and Shares

Sec. 4 Subscribed Capital and Shares

4.1 The Company's share capital amounts to €468,796,936.00 (in words: Euro four hundred sixty-eight million seven hundred ninety-six thousand nine hundred thirty-six) and is divided into 468,796,936 no-par-value shares (shares without a nominal value).

4.2 The shares are in registered form (Namensaktien). Shares from a capital increase are issued as registered shares as well, unless otherwise provided for in the resolution on the capital increase.

4.3 The Company shall be entitled to issue share certificates representing individual shares (Einzelurkunden) or multiples of shares (Sammelurkunden). The shareholders' right to the issuance of share certificates representing their respective shares shall be excluded to the extent legally permitted and unless such issuance is required in accordance with regulations applicable at a stock exchange to which the shares are admitted.

4.4 The form and content of the share certificates as well as of any profit share and renewal coupons (Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine) shall be decided by the Management Board with the consent of the Supervisory Board. This shall also apply to bonds and notes (Schuldverschreibungen und Schuldscheine).

4.5 In the case of an increase of capital, the profit sharing of the new shares can be determined in deviation from sec. 60 para. 2 of the German Stock Corporation Act (Aktiengesetz).

Sec. 5 Authorized Capital

5.1 The Management Board is authorized to increase the share capital in the total amount of up to € 1,900,790.00 until June 29, 2018 once or in several instances by issuing up to 1,900,790 new registered no-par value shares against contribution in cash and/or in kind with the consent of the Supervisory Board (Authorized Share Capital). The shareholders are generally to be granted pre-emptive rights for the newly issued

shares.

5.2 The Management Board is, however, authorized to fully or partially exclude the pre-emptive rights of the shareholders once or in several instances with the consent of the Supervisory Board as specified in more detail in the following provisions:

- a) in order to exclude fractional amounts from pre-emptive rights;
- b) to the extent necessary to grant to the holders of warrants, bonds with warrants, convertible bonds, profit-participation rights or profit-linked bonds (or a combination of these instruments) issued by the Company (or dependent companies or companies in which the Company holds a majority interest) pre-emptive rights to new shares to the extent that they would be entitled to such rights after exercising their option or conversion rights;
- c) if the capital increase is made against cash contribution pursuant to sec. 186 para. 3 sent. 4 of the German Stock Corporation Act, and the issuing price of the new shares is not significantly below the market price of the shares of the same kind already listed on the stock exchange and the portion of the share capital attributable to the new shares issued with an exclusion of pre-emptive rights arithmetically does not exceed a total of 10% of the share capital either at the time of taking effect or at the time of using the Authorized Share Capital, provided that towards this 10% limit shall also count the pro-rata amount of the share capital attributable
 - (i) to own shares sold during the term of the Authorized Share Capital on the basis of an authorization regarding the sale of own shares and excluding pre-emptive rights pursuant to secs. 71 para. 1 no. 8 sent. 5, 186 para. 3 sent. 4 of the German Stock Corporation Act;
 - (ii) to the shares issued or issuable to satisfy convertible bonds or bonds with warrants or bonds with a conversion or option obligation, to the extent that these bonds were issued during the term of the Authorized Share Capital and with an exclusion of pre-emptive rights of the shareholders in analogous application of sec. 186 para. 3 sent. 4 of the German Stock Corporation Act;
 - (iii) to the shares issued during the term of the Authorized Capital on the basis of other authorizations regarding the issue of shares of the Company, excluding subscription rights of the shareholders in direct or analogous application of sec. 186 para. 3 sent. 4 of the German Stock Corporation Act.
- d) in the case of capital increases against contribution in kind for the issuance of shares especially – but not limited to – for the purpose of acquiring (also indirectly)

enterprises, parts of enterprises or participations in enterprises, and other assets (including receivables), real estate and real estate portfolios in connection with a planned acquisition, or to satisfy convertible bonds and/or bonds with warrants, or a combination of such instruments which are issued against contributions in kind;

e) restricted to the issue of up to 2,500,000 new registered no-par value shares against cash contribution, as far as this is necessary to issue shares to employees of the Company or of companies affiliated with it within the meaning of sec. 15 of the German Stock Corporation Act, excluding members of the Management Board and the management of affiliated companies.

To the extent legally permissible, the employee shares may also be issued in such a way that the contribution to be made in this respect is made out of the portion of the annual net profit which can be transferred to other profit reserves by the Management Board and the Supervisory Board in accordance with sec. 58 para. 2 of the German Stock Corporation Act. In this context, the new shares may also be issued to a suitable credit institution which takes over the shares with the undertaking to grant them only to employees of the Company or of companies affiliated with it within the meaning of sec. 15 of the German Stock Corporation Act.

Furthermore, the new shares may also be issued against cash contribution to a credit institution so that the Company can repurchase these shares in order to issue them to employees of the Company or employees of affiliated companies within the meaning of sec. 15 et seq. of the German Stock Corporation Act, excluding members of the Management Board and the management of affiliated companies.

5.3 To the extent that the pre-emptive right is not excluded in accordance with the above provisions, the pre-emptive right may be granted to the shareholders, if so determined by the Management Board with the consent of the Supervisory Board, also by way of an indirect pre-emptive right pursuant to sec. 186 para. 5 of the German Stock Corporation Act or also partially by way of a direct pre-emptive right (e.g., to shareholders who are entitled to subscribe shares and who have submitted a confirmed acquisition declaration (Festbezugserklärung) in advance) and in all other respects by way of an indirect pre-emptive right pursuant to sec. 186 para. 5 of the German Stock Corporation Act.

5.4 Furthermore, the Management Board is authorized, with the consent of the Supervisory Board, to determine the further details of the capital increase and its implementation, in particular the content of the rights attached to the shares and the

conditions for the issuance of the shares.

5.5 The Supervisory Board is authorized to change the wording of this sec. 5 of the articles of association in accordance with the respective use of the Authorized Share Capital as well as upon expiry of the authorization period.

§ 5a Authorized Capital

5a.1 The Management Board is authorized to increase the share capital by up to €60,461,616.00 until 29 April 2020 once or in several instances by issuing up to 60,461,616 new registered no-par value shares against contribution in cash and/or in kind with the consent of the Supervisory Board (Authorized Capital 2015). The shareholders are generally to be granted pre-emptive rights.

5a.2 The shares may be also subscribed by one or more credit institution(s) with the obligation to offer such shares to the company's shareholders (so-called indirect pre-emptive right) pursuant to sec. 186 para. 5 German Stock Corporation Act. The Management Board is, however, authorized to exclude the pre-emptive rights of the shareholders from authorized capital once or in several instances with the consent of the Supervisory Board:

- (i) in order to exclude fractional amounts from pre-emptive rights;
- (ii) to the extent necessary to grant to holders or creditors of convertible bonds, bonds with warrants, profit-participation rights and/or or profit-linked bonds (or a combination of these instruments) (hereinafter collectively "Bonds") with conversion of option rights or conversion or option obligations that were or will be issued by the company (or dependent companies or companies in which the company holds a direct or indirect majority interest) pre-emptive rights to new registered no-par value shares of the company in an amount that they would be entitled to such rights after exercising their conversion or option rights or following the fulfilment of option or conversion obligations;
- (iii) for the issuance of shares against cash contributions, if the issue price of the new shares is not, within the meaning of secs. 203 para. 1 and para. 2, 186 para. 3 sent. 4 German Stock Corporation Act, substantially below the stock market price of shares of the same class with the same rights already listed on the stock market and the pro rata amount of the share capital attributable to the new shares issued under the exclusion of pre-emptive rights in accordance with sec. 186 para. 3 sent. 4 of the German Stock Corporation Act does not exceed a total of 10% of the share capital, neither at the time at which this authorisation becomes effective nor at the time at

which it is exercised. This limitation of 10% of the share capital shall include those own shares of the Company which were sold during the term of this authorization under exclusion of the shareholders' pre-emptive rights in accordance with sec. 71 para. 1 no. 8 sent. 5 sub-sent. 2 in connection with sec. 186 para. 3 sent. 4 AktG. The limit of 10% of the share capital shall further include shares issued or issuable to satisfy conversion or option rights or conversion or option obligations stemming from Bonds, to the extent these Bonds were issued during the term of this authorisation under the exclusion of pre-emptive rights in analogous application of sec. 186 para. 3 sent. 4 German Stock Corporation Act. In addition, shares issued against cash contributions during the term of this authorisation under the exclusion of shareholders' pre-emptive rights in analogous application of sec 186 para. 3 sent. 4 AktG on the basis of other capital measures shall be included in this limit of 10% of the share capital,

(iv) for the issuance of shares against contribution in kind especially – but not limited to – for the purpose of acquiring (also indirectly) enterprises, parts of enterprises or participations in enterprises, and other assets (including receivables), real estate and real estate portfolios in connection with a planned acquisition, or to satisfy convertible bonds and/or bonds with warrants, or a combination of such instruments which are issued against contributions in kind; and

(v) restricted to the issue of up to 2,500,000 new registered no-par value shares against cash contribution, as far as this is necessary to issue shares to employees of the company or of companies affiliated with it within the meaning of sec. 15 German Stock Corporation Act, excluding members of the Management Board and the Supervisory Board of the Company, and of the management and other managerial bodies of affiliated companies.

To the extent legally permissible, the employee shares may also be issued in such a way that the contribution to be made in this respect is made out of the portion of the annual net profit which can be transferred to other profit reserves by the Management Board and the Supervisory Board in accordance with sec. 58 para. 2 German Stock Corporation Act.

In this context, the new shares may also be issued to a suitable credit institution, enabling the company to acquire shares subscribed in such way, in order to grant them to employees of the company or of companies affiliated with it within the meaning of sec. 15 German Stock Corporation Act, excluding members of the Management Board and the Supervisory Board of the Company, and of the management and other

managerial bodies of affiliated companies.

5a.3 The above authorisations to exclude pre-emptive rights in the event of capital increases against cash and/or in kind contributions are limited to a total amount not exceeding 20% of the share capital, neither at the time at which this authorisation becomes effective nor at the time at which it is exercised. The aforementioned 20% limit also includes own shares sold during the term of this authorisation under the exclusion of pre-emptive rights as well as any shares issued or issuable to satisfy conversion or option rights or conversion or option obligations (or a combination of these instruments) stemming from Bonds, insofar as the Bonds were issued or are issuable under the exclusion of shareholders' pre-emptive rights during the term of this authorisation pursuant to the authorisation stipulated in agenda item 10 of the General Meeting of 30 April 2015. In addition, shares issued against cash contributions during the term of this authorisation under the exclusion of shareholders' pre-emptive rights in analogous application of sec. 186 para. 3 sent. 4 AktG on the basis of other capital measures shall be included in this limit of 20% of the share capital.

5a.4 Furthermore, the Management Board is authorized, with the consent of the Supervisory Board, to determine the further details of the rights attached to the shares and the conditions for the issuance of the shares.

5a.5 The Supervisory Board is authorized to change the wording of secs. 4.1 and 5a of the Articles of Association in accordance with the respective use of the Authorized Capital 2015 as well as upon expiry of the authorization period.

Article 5b Authorized Capital

5b.1 The Management Board is authorized to increase the company's share capital by up to EUR 167,841,594.00 in the period up to 11 May 2021 with the consent of the Supervisory Board by issuing up to 167,841,594 new no-par-value registered shares against cash and/or in kind contributions on one or several occasions (Authorized Capital 2016). The shareholders must in principle be granted subscription rights.

5b.2 As part of this, the shares pursuant to Section 186 para. 5 AktG may also be assumed by one or several credit institution(s) or one or several enterprise(s) operating pursuant to Section 53 para. 1 sent. 1 or Section 53b para. 1 sent. 1 or para. 7 of the German Banking Act (Kreditwesengesetz) with the obligation to offer them to the shareholders of the company for subscription (known as an indirect subscription right).

5b.3 The Management Board is, however, authorized, with the approval of the Supervisory Board, to exclude shareholders' subscription rights for one or more capital

increases relating to the authorized capital:

- (i) to exclude fractional amounts from the subscription right;
- (ii) insofar as is necessary, to grant the holders/creditors of convertible bonds, warrant bonds, profit participation rights and/or participating bonds (or combinations thereof) (hereinafter collectively “Bonds”) that come with conversion or option rights or obligations, and that were or shall be issued by the company or companies dependent on or in the direct or indirect majority ownership of the company, a subscription right for new no-par-value registered shares in the company in the same volume as said holders/creditors would be entitled to upon exercising their option or conversion rights or fulfilling their conversion or option obligations as shareholders;
- (iii) to issue shares against cash contributions insofar as the issue price of the new shares does not significantly undercut the stock market price of the shares of the same class and with equal rights already listed on the stock exchange within the meaning of Section 203 para. 1 and 2 and Section 186 para. 3 sent. 4 AktG and the proportion of the share capital attributable to the new shares issued subject to the exclusion of subscription rights pursuant to Section 186 para. 3 sent. 4 AktG is in total no more than 10 % of the share capital, either at the time at which this authorization becomes effective or at the time at which it is exercised. The company’s treasury shares that are sold during the term of this authorization subject to the exclusion of shareholders’ subscription rights pursuant to Section 71 para. 1 no. 8 sent. 5 halfsentence 2 in conjunction with Section 186 para. 3 sent. 4 AktG are to be included in this 10 % cap on the share capital. Any shares already issued or to be issued to satisfy bonds with conversion or option rights or obligations are also to be included in this 10 % cap on the share capital, insofar as these bonds were issued during the term of this authorization subject to the exclusion of subscription rights pursuant to Section 186 para. 3 sent. 4 AktG. Shares issued during the term of this authorization pursuant to Section 186 para. 3 sent. 4 AktG on the basis of other corporate action and subject to the exclusion of shareholders’ subscription rights, particularly those under Authorized Capital 2013 and Authorized Capital 2015, are likewise to be included in this 10 % cap on the share capital. The upper limit, decreased under the preceding sentences 2 to 4 of this paragraph, shall be increased again pursuant to or in line with Section 186 para. 3 sent. 4 AktG when the Annual General Meeting resolution on new authorization to exclude shareholder subscription rights becomes effective after the decrease, to the extent of the reach of the new authorization, but up to a maximum of

10 % of the share capital in accordance with the stipulations of sentence 1 of this paragraph;

(iv) to issue shares against contributions in kind in particular – but not solely – for the purpose of the acquisition (including indirectly) of companies, parts of companies, shareholdings in companies and other assets (including receivables), properties and property portfolios relating to an intended acquisition, or to satisfy convertible bonds and/or warrant bonds or combinations thereof issued against contributions in kind; and

(v) restricted to the issue of 2,500,000 new no-par-value registered shares to issue shares to the employees of the company or of affiliated companies within the meaning of Section 15 AktG to the exclusion of the members of the company's Management Board and Supervisory Board and the members of the management boards, supervisory boards and other bodies of affiliated companies.

Insofar as is legally permissible, the employee shares may also be issued such that the corresponding contributions are covered by the portion of the net profit that the Management Board and Supervisory Board are authorized to transfer to retained earnings pursuant to Section 58 para. 2 AktG.

The new shares may additionally be subscribed by a bank against cash contributions, such that the company is able to buy back the subscribed shares in order to issue them to the employees of the company or of affiliated companies within the meaning of Section 15 AktG to the exclusion of the members of the company's Management Board and Supervisory Board and the members of the management boards, supervisory boards and other bodies of affiliated companies.

5b.4 The above authorizations to exclude subscription rights in the event of capital increases against cash and/or in kind contributions are limited to an amount not exceeding 20 % of the share capital, either at the time at which this authorization becomes effective or at the time at which it is exercised. The above 20 % cap is also to include treasury shares sold during the term of this authorization subject to the exclusion of subscription rights and any shares issued to satisfy bonds, insofar as the bonds were issued subject to the exclusion of shareholders' subscription rights during the term of this authorization due to the authorization stipulated in item 10 of the agenda of the Annual General Meeting of 30 April 2015 or subject to the exclusion of shareholders' subscription rights during the term of this authorization due to the authorization stipulated in item 8 of the agenda of the Annual General Meeting of 12 May 2016. Shares issued during the term of this authorization on the basis of other

corporate action and subject to the exclusion of shareholders' subscription rights, particularly those under Authorized Capital 2013 and Authorized Capital 2015, are likewise to be included in this aforementioned 20 % cap on the share capital. The upper limit, decreased under the preceding sentences 2 and 3 of this paragraph, shall be increased again when the Annual General Meeting resolution on new authorization to exclude shareholder subscription rights becomes effective after the decrease, to the extent of the reach of the new authorization, but up to a maximum of 20 % of the share capital in accordance with the stipulations of sentence 1 of this paragraph.

5b.5 With the approval of the Supervisory Board, the Management Board is additionally authorized to stipulate the further details of the share rights and the conditions of share issuance.

5b.6 The Supervisory Board is authorized to amend Articles 4.1 and 5b of the Articles of Association to reflect the utilisation of the Authorized Capital 2016 and once the authorization period has expired.

Sec. 6 Conditional Capital

6.1 Conditional capital is created in order to satisfy the convertible bonds, warrant bonds, profit participation rights and/or participating bonds (or combinations thereof) (hereinafter collectively "bonds") issuable pursuant to the issue authorization approved by the Annual General Meeting under item 8 on 12 May 2016.

6.2 The share capital is conditionally increased by up to 233,000,312.00 through the issuance of up to 233,000,312 new no-par-value registered shares with dividend rights (Conditional Capital 2016).

6.3 The conditional capital increase shall only be effected insofar as the holders/creditors of bonds issued or guaranteed by the company, by an independent company or by a company in which the company directly or indirectly has a majority shareholding by virtue of the aforementioned authorization resolution of the Annual General Meeting exercise their conversion or option rights or fulfil the conversion or option obligations inherent to such bonds, or insofar as the company grants company shares as a replacement for the payment of the sum due and insofar as the conversion or option rights or obligations are not satisfied by treasury shares, shares from authorized capital or other consideration.

6.4 The new shares are issued at the conversion or option price to be determined subject to the aforementioned authorization approved by the Annual General Meeting.

6.5 The new shares bear dividend rights from the beginning of the financial year

in which they are created due to the exercising of conversion or option rights, the fulfilling of conversion or option obligations or their granting in replacement of the payment of the sum due and continue to do so in the financial years that follow; by way of derogation, with the approval of the Supervisory Board and insofar as is legally permissible, the Management Board may stipulate that the new shares shall bear dividend rights from the beginning of the financial year for which no resolution of the Annual General Meeting regarding the appropriation of the net profit had been passed at the time at which the conversion or option rights were exercised, the conversion or option obligations were fulfilled or the shares were granted in replacement of the sum due.

6.6 With the approval of the Supervisory Board, the Management Board is authorized to stipulate the further details of effecting the conditional capital increase.

6.7 The Supervisory Board is authorized to amend Articles 4.1 and 6.2 of the Articles of Association to reflect the utilisation of the conditional capital and once all the option and conversion periods have expired.

III.

Sec. 7 Constitution of the Company;

The constitution of the organization of the Company follows the two-tier system. Corporate bodies of the Company are the management body (“Management Board”), the supervisory body (“Supervisory Board”) and the general meeting (“General Meeting”).

IV. The Management Board

Sec. 8 Duties and Composition of the Management Board

8.1 The Management Board shall consist of at least two persons.

8.2 The Management Board members shall manage the business of the Company in accordance with applicable laws, these articles of association and the rules of procedure established by the Supervisory Board.

8.3 The Supervisory Board appoints the Management Board members and determines their number. The Management Board members shall be appointed for an office term not exceeding six years. A member may be re-appointed, whereas the re-appointment term shall also not exceed six years. The Supervisory Board may appoint a chairperson of the Management Board as well as a deputy chairperson of the Management Board.

8.4 If a chairperson of the Management Board has been appointed he/she shall have

the right to object to a management board resolution (veto right). If the chairperson of the management board exercises his/her veto right the resolution shall be deemed to not have been passed.

8.5 The following measures and transaction require the prior consent of the Supervisory Board:

- a) the adoption of the business plan (including capital expenditures, personnel and finance plan) for the Vonovia group for the next business year (budget)
- b) conclusion, amendment or termination of intercompany agreements pursuant to Sec. 291, 292 of the German Stock Corporation Act; and
- c) the formation and liquidation of companies and partnerships and the purchase or sale of shares or of businesses, if the value (including the assumption of liabilities) exceeds in each individual case an amount to be further specified by the Supervisory Board.

In addition to the aforementioned transactions and measures, the Supervisory Board may subject other types of transactions and measures to a requirement of its consent.

8.6 The Supervisory Board is entitled to adopt rules of procedure for the Management Board. In case the Supervisory Board does not adopt rules of procedure for the Management Board, the Management Board may itself adopt rules of procedure, which are subject to the approval of the Supervisory Board, by unanimous resolution of all Management Board members.

Sec. 9 Representation

9.1 The Company is represented by two Management Board members jointly or by one Management Board member together with a holder of a statutory power of attorney (Prokurist).

9.2 The Supervisory Board may determine that one or all Management Board members be authorized to represent the Company alone and be released from the restrictions of section 181, 2nd alternative of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch – BGB).

V. The Supervisory Board

Sec. 10 Rights and Duties of the Supervisory Board

10.1 The rights and duties of the Supervisory Board are determined by law and by these articles of association.

10.2 The Supervisory Board is competent to appoint the auditor following its election by the General Meeting.

10.3 The Supervisory Board shall regulate its function through rules of procedure which shall be in accordance with the law and these articles of association. The Supervisory Board may form committees and transfers certain functions to them as defined in the Supervisory Board's rules of procedure.

10.4 The Supervisory Board shall be authorized to resolve amendments of these articles of association that only relate to its wording.

Sec. 11 Composition, Election and Term of Office

11.1 The Supervisory Board comprises twelve (12) members.

11.2 The Supervisory Board members shall be elected for a term until the conclusion of the General Meeting of the Company granting discharge for the fourth financial year after the commencement of their term of office, subject to the General Meeting prescribing a shorter term for all or any individual Supervisory Board members. The financial year in which the term commences shall not be counted for the purposes of calculating the term. Reelection is permissible. The removal of Supervisory Board members requires a three quarters' majority of the votes cast.

11.3 Substitute members may be elected for all or individual members of the Supervisory Board at the same time as the Supervisory Board members. The substitute members shall replace the Supervisory Board member who leaves his/her office prior to the expiry of his/her term and whom they were elected to replace unless a new Supervisory Board member is elected by the General Meeting prior to the effective date on which the member leaves the Supervisory Board. If a substitute member becomes a Supervisory Board member, his/her term shall end upon the conclusion of the next General Meeting at which a successor for the retired Supervisory Board member is appointed (privative by-election). Such privative by-election requires a three quarters' majority of the votes cast. The substitute member's term of office shall expire at the latest upon expiry of the term of office of the member who has left the Supervisory Board.

11.4 The appointment of the successor of a Supervisory Board member who has left his/her office prior to the expiry of his/her term shall be made for the remainder of the term of the member who has left, unless the General Meeting decides on a different term of office in the context of sec. 11.2.

11.5 Each Supervisory Board member and each substitute member may resign from office by written notice to the Company represented by the Management Board. A notice to one Management Board member shall suffice. Such notice is to be given two

weeks in advance, unless the office is vacated for cause which is possible with immediate effect. The Management Board can consent to a shortening of the notice period or waive the observance of the notice period.

Sec. 12 Chairperson and Deputy Chairperson

12.1 The Supervisory Board elects a chairperson (“Chairperson”) and a deputy chairperson (“Deputy Chairperson”) from among its members.

12.2 Unless a shorter term of office is determined at the time of their election, the Chairperson and the Deputy Chairperson shall be elected as chairperson and deputy chairperson, respectively, for the duration of their Supervisory Board membership. This election shall take place at a meeting which, without having to be separately convened, shall take place immediately after the General Meeting during which the Supervisory Board members were elected.

12.3 If the Chairperson or the Deputy Chairperson ceases to be a member before the end of his or her term of office, the Supervisory Board shall immediately elect a successor for the remainder of the former member’s term. If the Chairperson ceases to be a Supervisory Board member, meetings shall be convened by the Deputy Chairperson.

12.4 If the Chairperson is unavailable to discharge the duties and rights of his/her office, the Deputy Chairperson shall do so in his/her place.

Sec. 13 Compensation of the Supervisory Board

13.1 Each Supervisory Board member shall receive an annual fixed compensation in the amount of € 100,000.00.

13.2 The Chairperson shall receive twice the amount, the Deputy Chairperson shall receive one and a half times this amount. The audit committee members shall receive an additional annual fixed compensation in the amount of € 40,000.00; the chairperson of the audit committee shall receive twice the amount.

13.3 Supervisory Board members who are members of one or more other Supervisory Board committees that have acted at least once a year shall receive an additional annual fixed compensation in the amount of € 20,000.00, or in case of the chairperson of the committee in the amount of € 40,000.00 per committee.

13.4 The sum of all compensations under this sec. 13 plus any compensation for the membership in supervisory boards and similar controlling bodies of group companies payable to each supervisory board member, irrespective of the number of committee memberships and the functions, must not exceed an amount of € 300,000.00 per

calendar year.

13.5 All compensations specified above shall be payable after the expiry of each financial year. Supervisory Board members who are Supervisory Board members or members of a committee of the Supervisory Board for only part of a financial year shall receive a corresponding pro rata compensation rounded to the full month.

13.6 The Company shall reimburse the Supervisory Board members for appropriate expenses incurred due to the exercising of their office. VAT will be reimbursed by the Company to the extent that the Supervisory Board members are eligible to separately invoice VAT and have exercised such right.

13.7 The Company may conclude a D&O liability insurance for the Supervisory Board members with a reasonable maximum liability.

VI. The General Meeting

Sec. 14 Place and Convening of the General Meeting

14.1 The General Meeting shall take place at the seat of the Company or in any German city with more than 100,000 inhabitants.

14.2 Unless a different notice period is required by applicable law, the notice convening the meeting must be published no less than thirty (30) days prior to the day of the General Meeting in the federal gazette (Bundesanzeiger). The minimum period shall be extended by the days of the registration period set forth in sec. 15.1. The calculation of the notice period shall be subject to applicable law.

Sec. 15 Attendance at the General Meeting

15.1 Shareholders are only eligible for participation and the exercising of their voting rights in the General Meeting who have registered with the Company prior to such meeting and who are registered in the share register for the shares notified. This registration must reach the Company at the address named in the invitation to the General Meeting for this purpose in text form (sec. 126b of the German Civil Code) in German or English at least six days prior to the General Meeting. The day of the General Meeting and the day of the receipt of the registration are not counted for this purpose.

15.2 The Management Board is authorized to partially or fully permit image and sound transmission of the General Meeting. It will inform of this with the convening of the General Meeting.

15.3 The Management Board is authorized to permit shareholders to participate in the General Meeting without their physical presence and without a proxy and to

exercise some or all of their rights partially or fully by way of electronic communication. Should the Management Board use this authorization, it will specify the details of this procedure at the time of convening the General Meeting. Shareholders who participate in the General Meeting in accordance with sent. 1 are not allowed to file objections against resolutions of the General Meeting and/or to contest these.

Sec. 16 Conduct of the General Meeting

16.1 The General Meeting is chaired by the Chairperson (or, in case of his/her hindrance, the Deputy Chairperson). In case the Deputy Chairperson is neither available to act as chairperson of the General Meeting nor the Chairperson has determined one Supervisory Board member to act as chairperson of the General Meeting, the Supervisory Board members attending the General Meeting shall elect a chairperson for the General Meeting. If the chairperson is not elected by way of the above procedure, he/she shall be elected by the General Meeting. In the cases of sent. 2 or sent. 3, also a non-member of the Supervisory Board may be elected.

16.2 The chairperson of the General Meeting chairs the General Meeting. He/She determines the sequence in which items on the agenda are dealt with, as well as the form and sequence of voting. The chairperson may determine the sequence of statements made and is authorized to limit the questioning and speaking rights of the shareholders regarding time spent in an adequate fashion. In particular, he/she is authorized, at the beginning or during the course of the General Meeting, to set a reasonable time limit for the entire General Meeting, for particular items on the agenda, or for any particular speaker.

Sec. 17 Resolutions of the General Meeting

17.1 Each share entitles the holder to one vote in the General Meeting

17.2 The vote may be cast through a proxy in accordance with applicable law provisions.

17.3 The Management Board is authorized to provide for shareholders to vote without physically participating in the General Meeting in written form or by way of electronic communication (postal vote). Should the Management Board use this authorization, it shall specify the details of the procedure of the postal vote at the time of convening the General Meeting.

17.4 Resolutions of the General Meeting are adopted by a simple majority of the votes cast unless mandatory legislation or the articles of association state otherwise

(majority vote). In those cases where the German Stock Corporation Act also requires a majority of the share capital represented, a simple majority of the share capital represented is sufficient, unless mandatory legislation or the articles of association state otherwise (capital majority vote).

17.5 Resolutions that can be passed with a simple majority vote or capital majority vote pursuant to Section 17.4 are, in particular but not exclusively, all relevant resolutions of the General Meeting regarding

- a) capital increases with shareholders' pre-emptive rights against contributions (sec. 182 para. 1 AktG)
- b) capital increases from company funds (sec. 207 para. 2 AktG, see also sec. 182 para. 1 AktG), and
- c) the issuance of convertible bonds, profit participation bonds and other instruments for which the shareholders have a pre-emptive right (sec. 221 AktG).

VII. Annual Financial Statements and Distribution of Profits

Sec. 18 Annual Financial Statements

The preparation, audit and adoption of the annual financial statements and of the consolidated financial statements shall be carried out in accordance with statutory provisions

Sec. 19 Use of Distributable Profits

19.1 The General Meeting shall resolve annually, during the first six months of the fiscal year, inter alia, on the ratification of the actions of the members of the Management Board and the Supervisory Board, the use of distributable profits and the appointment of the auditor.

19.2 After the close of the financial year, the Management Board may, within the limits of sec. 59 of the German Stock Corporation Act and with the consent of the Supervisory Board, distribute to the shareholders an advance dividend payment.

19.3 The General Meeting may resolve to distribute all or part of distributable profits by way of distribution in cash or in kind.

VIII. Other Provisions

Sec. 20 Costs and Other Provisions

20.1 The Company's share capital was raised by a nominal capital increase in the amount of € 199,880,000. The remainder of the Company's share capital was raised by conversion of the legal form of Deutsche Annington Immobilien AG, with registered office in Düsseldorf, into Deutsche Annington Immobilien SE. Before,

Deutsche Annington Immobilien AG's share capital was raised by conversion of the legal form of Deutsche Annington Immobilien GmbH, with registered office in Dusseldorf.

20.2 In connection with the changes of the legal form of the Company as described in sec. 20.1 before, the following provisions were incorporated into the articles of association:

The Company shall bear the costs incurred in the change of legal form from the legal form of the Gesellschaft mit beschränkter Haftung into the Aktiengesellschaft (notary and court costs, publication costs, costs for legal and tax advice including the costs for the formation audit, costs for the General Meeting) up to a maximum amount of € 80,000.00. It shall further bear the costs of the subsequent change of legal form from the legal form of the Aktiengesellschaft into the SE (notary and court costs, publication costs, costs for legal and tax advice including the costs for the audit pursuant to Art. 37 para. 6 of the SE Regulation, costs for the General Meeting and the negotiation procedure to regulate employee participation) up to a maximum amount of € 235,000.00.

20.3 Each shareholder is required, vis-à-vis his or her co-shareholder, to act in accordance with legal and statutory regulations applicable due to his or her membership rights; this shall also apply in the context of a legal dispute with the Company.

Anlage 4

In § 7 Abs. 1 lit. a) – lit. c) des Verschmelzungsplans beschriebene voraussichtliche Änderungen der Satzung der Vonovia SE

- Verbindliche Fassung -

Satzung der Vonovia SE

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Rechtsform, Name und Sitz

1.1 *[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 1.1 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]*

1.2 Sie hat ihren Sitz in Bochum, Deutschland.

§ 2 Unternehmensgegenstand

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 2 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

§ 3 Geschäftsjahr, Bekanntmachungen und Übermittlung von Informationen

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 3 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

II. Grundkapital und Aktien

§ 4 Gezeichnetes Kapital und Aktien

4.1 Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 477.437.514,00 (in Worten: Euro vierhundertsevenundsiebzig Millionen vierhundertsevenunddreißigtausend fünfhundert-vierzehn) und ist eingeteilt in 477.437.514 Stückaktien (Aktien ohne Nominalbetrag).

[Keine Änderungen in § 4.2 bis § 4.5 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

[§ 5 Genehmigtes Kapital]

[§ 5 wird voraussichtlich insgesamt gestrichen]

[§ 5a Genehmigtes Kapital]

[§ 5a wird voraussichtlich insgesamt gestrichen]

§ 5b Genehmigtes Kapital

5b.1 Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 11. Mai 2021 um bis zu EUR 159.201.016,00 einmalig oder mehrmals durch Ausgabe von bis zu 159.201.016 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 5b.2 bis § 5b.6 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

§ 5c Genehmigtes Kapital

5c.1 Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 15. Mai 2022 um bis zu EUR 66.556.874,00 einmalig oder mehrmals durch Ausgabe von bis zu 66.556.874 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2017). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

5c.2 Die Aktien können dabei nach § 186 Abs. 5 AktG auch von einem oder mehreren Kreditinstitut(en) oder einem oder mehreren nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen

mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten (sog. mittelbares Bezugsrecht).

5c.3 Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats für eine oder mehrere Kapitalerhöhungen im Rahmen des genehmigten Kapitals auszuschließen,

- (i) um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- (ii) soweit es erforderlich ist, um Inhabern bzw. Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) (nachstehend zusammen „Schuldverschreibungen“), die mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. Wandlungs- oder Optionspflichten ausgestattet sind und die von der Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängiger oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Gesellschaften ausgegeben wurden oder noch werden, ein Bezugsrecht auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung von Wandlungs- oder Optionspflichten als Aktionär zustünde;
- (iii) zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und Abs. 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und der auf die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung von 10 % des Grundkapitals Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. mit Wandlungs- oder Optionspflichten ausgegeben wurden oder auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals

sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden, insbesondere aus dem Genehmigten Kapital 2016. Die gemäß den vorstehenden Sätzen 2 bis 4 dieses Absatzes verminderte Höchstgrenze wird mit Wirksamwerden einer nach der Verminderung von der Hauptversammlung beschlossenen neuen Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß oder entsprechend § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG wieder erhöht, soweit die neue Ermächtigung reicht, höchstens aber bis zu 10 % des Grundkapitals nach den Vorgaben von Satz 1 dieses Absatzes (iii);

(iv) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen insbesondere – aber ohne Beschränkung hierauf – zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen und sonstigen mit einem Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden Vermögensgegenständen (einschließlich Forderungen), Immobilien und Immobilienportfolios, oder zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsschuldverschreibungen oder einer Kombination dieser Instrumente, die gegen Sacheinlage begeben werden;

(v) zur Durchführung einer Aktiendividende, in deren Rahmen Aktien der Gesellschaft (auch teilweise- und/oder wahlweise) zur Erfüllung von Dividendenansprüchen der Aktionäre verwendet werden; und

(vi) beschränkt auf die Ausgabe von bis zu 2.500.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlage, soweit dies erforderlich ist, um Aktien an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrates und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben (Belegschaftsaktien).

Soweit gesetzlich zulässig, können die Belegschaftsaktien auch in der Weise ausgegeben werden, dass die auf sie zu leistende Einlage aus dem Teil des Jahresüberschusses gedeckt wird, den Vorstand und Aufsichtsrat nach § 58 Abs. 2 AktG in andere Gewinnrücklagen einstellen können.

Ferner können die neuen Aktien gegen Bareinlage von einem Kreditinstitut gezeichnet werden, damit die Gesellschaft die so gezeichneten Aktien zurückerwerben kann, um diese an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der mit ihr im Sinne von § 15 AktG verbundenen Unternehmen unter Ausschluss der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Gesellschaft sowie des Vorstands, des Aufsichtsrates und sonstiger Organwalter verbundener Unternehmen auszugeben.

5c.4 Die in den vorstehenden Absätzen enthaltenen Ermächtigungen zum Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhungen gegen Bar- und/oder Sacheinlagen sind insgesamt auf einen Betrag, der 20 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung, beschränkt. Auf die vorgenannte 20 %-Grenze sind darüber hinaus auch eigene Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts veräußert werden, sowie diejenigen Aktien, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen ausgegeben werden, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund der Ermächtigung unter Tagesordnungspunkt 8 der Hauptversammlung vom 12. Mai 2016 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben wurden. Auf die vorgenannte Höchstgrenze von 20 % des Grundkapitals sind zudem diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf Grundlage anderer Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben wurden, insbesondere aus dem Genehmigten Kapital 2016. Die gemäß den vorstehenden Sätzen 2 und 3 dieses Absatzes verminderte Höchstgrenze wird mit Wirksamwerden einer nach der Verminderung von der Hauptversammlung beschlossenen neuen Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wieder erhöht, soweit die neue Ermächtigung reicht, höchstens aber bis zu 20 % des Grundkapitals nach den Vorgaben von Satz 1 dieses Absatzes.

5c.5 Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

5c.6 Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 4.1 und § 5c der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2017 sowie nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern

§ 6 Bedingtes Kapital

[Keine Änderungen in § 6 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

III.

§ 7 Verfassung der Gesellschaft

[Keine Änderungen in § 7 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

IV. Der Vorstand

[Keine voraussichtlichen Änderungen im IV. Abschnitt im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

V. Der Aufsichtsrat

[Keine voraussichtlichen Änderungen im V. Abschnitt im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

VI. Die Hauptversammlung

§ 14 Ort und Einberufung der Hauptversammlung

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 14 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

§ 15 Teilnahme an der Hauptversammlung

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 15 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

§ 16 Durchführung der Hauptversammlung

[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 16 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

§ 17 Beschlüsse der Hauptversammlung

17.1 *[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 17.1 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]*

17.2 *[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 17.2 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]*

17.3 *[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 17.3 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]*

17.4 Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst (Stimmenmehrheit). In den Fällen, in denen das Aktiengesetz außerdem zur Beschlussfassung eine Mehrheit des vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt, soweit dies gesetzlich zulässig ist, die einfache Mehrheit des vertretenen Kapitals (Kapitalmehrheit). Für Satzungsänderungen bedarf es, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften eine andere Mehrheit vorschreiben, einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen bzw., sofern mindestens die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist, der einfachen Mehrheit der

abgegebenen Stimmen.

17.5 *[Keine voraussichtlichen Änderungen in § 17.5 im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]*

VII. Jahresabschluss und Gewinnverwendung

[Keine voraussichtlichen Änderungen im VII. Abschnitt im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

VIII. Schlussbestimmungen

[Keine voraussichtlichen Änderungen im VIII. Abschnitt im Vergleich zu der aus Anlage 3 zu diesem Verschmelzungsplan ersichtlichen Satzungsfassung]

- Convenience Translation -

Articles of Association of Vonovia SE

I. General provisions

Sec. 1 Legal Form, Name and Registered Seat

1.1 *[No prospective changes in Sec. 1.1 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]*

1.2 The Company's registered seat is in Bochum, Germany.

Sec. 2 Purpose of the Company

[No prospective changes in Sec. 2 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Sec. 3 Financial Year, Announcements and Transmission of Information

[No prospective changes in Sec. 3 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

II. Share Capital and Shares

Sec. 4 Subscribed Capital and Shares

4.1 The Company's share capital amounts to € 477,437,514.00 (in words: Euro four hundred seventy-seven million four hundred thirty-seven thousand five hundred fourteen) and is divided into 477,437,514.00 no-par-value shares (shares without a nominal value).

[No prospective changes in Sec. 4.2 until Sec. 4.5 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

[Sec. 5 Authorized Capital]

[Sec. 5 will be prospectively deleted in its entirety]

[Sec. 5a Authorized Capital]

[Sec. 5a will be prospectively deleted in its entirety]

Article 5b Authorized Capital

5b.1 The Management Board is authorized to increase the company's share capital by up to EUR 159,201,016.00 in the period up to 11 May 2021 with the consent of the Supervisory Board by issuing up to 159,201,016 new no-par-value registered shares against cash and/or in kind contributions on one or several occasions (Authorized Capital 2016). The shareholders must in principle be granted subscription rights.

[No prospective changes in Sec. 5b.2 until Sec. 5b.6 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Article 5c Authorized Capital

5c.1 The Management Board is authorized to increase the Company's share capital by up to EUR 66,556,874.00 in the period up to 15 May 2022 with the consent of the Supervisory Board by issuing up to 66,556,874 new no-par-value registered shares against cash and/or in kind contributions on one or several occasions (Authorized Capital 2017). The shareholders must in principle be granted subscription rights.

5b.2 As part of this, the shares pursuant to Section 186 para. 5 AktG may also be assumed by one or several credit institution(s) or one or several enterprise(s) operating pursuant to Section 53 para. 1 sent. 1 or Section 53b para. 1 sent. 1 or para. 7 of the German Banking Act (Kreditwesengesetz) with the obligation to offer them to the shareholders of the company for subscription (known as an indirect subscription right).

5b.3 The Management Board is, however, authorized, with the approval of the Supervisory Board, to exclude shareholders' subscription rights for one or more capital increases relating to the authorized capital:

- (i) to exclude fractional amounts from the subscription right;
- (ii) insofar as is necessary, to grant the holders/creditors of convertible bonds, warrant bonds, profit participation rights and/or participating bonds (or combinations thereof) (hereinafter collectively "Bonds") that come with conversion or option rights or obligations, and that were or shall be issued by the company or companies dependent on or in the direct or indirect majority ownership of the company, a subscription right for new no-par-value registered shares in the company in the same volume as said holders/creditors would be entitled to upon exercising their option or conversion rights or fulfilling their conversion or option obligations as shareholders;
- (iii) to issue shares against cash contributions insofar as the issue price of the new shares does not significantly undercut the stock market price of the shares of the same class and with equal rights already listed on the stock exchange within the meaning of

Sections 203 para. 1 and para. 2, Section 186 para. 3 sentence 4 AktG and the proportion of the share capital attributable to the new shares issued subject to the exclusion of subscription rights pursuant to Section 186 para. 3 sentence 4 AktG is in total no more than 10% of the share capital, either at the time at which this authorization becomes effective or at the time at which it is exercised. The Company's treasury shares which are sold during the term of this authorization, subject to the exclusion of shareholders' subscription rights pursuant to Section 71 para. 1 no. 8 sentence 5 part 2 in conjunction with Section 186 para. 3 sentence 4 AktG, are to be included in this 10% cap on the share capital. Any shares already issued or to be issued to satisfy Bonds with conversion or option rights or obligations are also to be included in this 10% cap on the share capital, provided these Bonds were issued during the term of this authorization subject to the exclusion of subscription rights pursuant to Section 186 para. 3 sentence 4 AktG. Shares issued during the term of this authorization pursuant to Section 186 para. 3 sentence 4 AktG on the basis of other corporate action and subject to the exclusion of shareholders' subscription rights, particularly those under Authorized Capital 2016, are likewise to be included in this 10% cap on the share capital. The upper limit, decreased under the preceding sentences 2 to 4 of this paragraph, shall be increased again pursuant to or in line with Section 186 para. 3 sentence 4 AktG when the Annual General Meeting resolution on new authorization to exclude shareholder subscription rights becomes effective after the decrease, to the extent of the reach of the new authorization, but up to a maximum of 10% of the share capital in accordance with the stipulations of sentence 1 of this paragraph (iii);

(iv) to issue shares against contributions in kind in particular – but not solely – for the purpose of the acquisition (including indirectly) of companies, parts of companies, shareholdings in companies and other assets (including receivables), properties and property portfolios relating to an intended acquisition, or to satisfy convertible bonds and/or warrant bonds or combinations thereof issued against contributions in kind;

(v) to issue a share dividend under which shares of the Company are used (including partially or optionally) to satisfy shareholder dividend claims; and

(vi) restricted to the issue of up to 2,500,000 new no-par-value registered shares against a contribution in cash insofar as this is necessary in order to issue shares to the employees of the Company or of affiliated companies within the meaning of Section 15 AktG to the exclusion of the members of the Company's Management Board and Supervisory Board and the members of the management boards, supervisory boards

and other bodies of affiliated companies (employee shares).

Insofar as is legally permissible, the employee shares may also be issued such that the corresponding contributions are covered by the portion of the net profit that the Management Board and Supervisory Board are authorized to transfer to other retained earnings pursuant to Section 58 para. 2 AktG.

The new shares may additionally be subscribed by a bank against cash contributions, such that the Company is able to buy back the subscribed shares in order to issue them to the employees of the Company or of affiliated companies within the meaning of Section 15 AktG to the exclusion of the members of the Company's Management Board and Supervisory Board and the members of the management boards, supervisory boards and other bodies of affiliated companies.

5c.4 The authorizations to exclude subscription rights in the event of capital increases against cash and/or in kind contributions under Article 5c.3 above are limited in total to an amount not exceeding 20% of the share capital, either at the time at which this authorization becomes effective or at the time at which it is exercised. The above 20% cap is also to include treasury shares sold during the term of this authorization subject to the exclusion of subscription rights and any shares issued to satisfy bonds, provided the bonds were issued subject to the exclusion of shareholders' subscription rights during the term of this authorization due to the authorization stipulated in item 8 of the agenda of the Annual General Meeting of 12 May 2016. Shares issued during the term of this authorization on the basis of other corporate action and subject to the exclusion of shareholders' subscription rights, particularly those under Authorized Capital 2016, are likewise to be included in the aforementioned 20% cap on the share capital. The upper limit, decreased under the preceding sentences 2 and 3 of this paragraph, shall be increased again when the Annual General Meeting resolution on a new authorization to exclude shareholder subscription rights becomes effective after the decrease, to the extent of the reach of the new authorization, but up to a maximum of 20% of the share capital in accordance with the stipulations of sentence 1 of this paragraph.

5c.5 With the approval of the Supervisory Board, the Management Board is additionally authorized to stipulated the further details of the share rights and the conditions of the share issuance.

5c.6 The Supervisory Board is authorized to amend Articles 4.1 and 5c of the Articles of Association to reflect the utilisation of the Authorized Capital 2017 and

once the authorization period has expired.

Sec. 6 Conditional Capital

[No prospective changes in Sec. 6 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

III.

Sec. 7 Constitution of the Company;

[No prospective changes in Sec. 7 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

IV. The Management Board

[No prospective changes in Chapter IV in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

V. The Supervisory Board

[No prospective changes in Chapter V in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

VI. The General Meeting

Sec. 14 Place and Convening of the General Meeting

[No prospective changes in Section 14 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Sec. 15 Attendance at the General Meeting

[No prospective changes in Section 15 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Sec. 16 Conduct of the General Meeting

[No prospective changes in Section 16 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Sec. 17 Resolutions of the General Meeting

17.1 *[No prospective changes in Section 17.1 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]*

17.2 *[No prospective changes in Section 17.2 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]*

17.3 *[No prospective changes in Section 17.3 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]*

17.4 Resolutions of the General Meeting are adopted by a simple majority of the votes cast unless mandatory legislation or the articles of association state otherwise (majority vote). In those cases where the German Stock Corporation Act also requires

a majority of the share capital represented, a simple majority of the share capital represented is sufficient, unless mandatory legislation or the articles of association state otherwise (capital majority vote). Unless mandatory legislation require a different majority, amendments to the Articles of Association shall require a majority of two thirds of the votes cast or, if at least half of the registered share capital is represented, a simple majority of votes cast.

17.5 [No prospective changes in Section 17.5 in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

VII. Annual Financial Statements and Distribution of Profits

[No prospective changes in Chapter VII in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

VIII. Other Provisions

[No prospective changes in Chapter VIII in comparison to the version of the articles of association which are attached as annex 3 to this Merger Plan]

Die erschienenen Personen haben den amtierenden Notar ebenfalls ersucht zu beurkunden, dass gemäß Artikel 268 des luxemburgischen Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, in der jeweils geltenden Fassung (das „1915 Gesetz“), die Gläubiger der übertragenden Gesellschaft, deren Forderungen vor der Veröffentlichung der Urkunden, welche gemäß Artikel 273 (1) des 1915 Gesetzes die Verschmelzung feststellen, entstanden sind, innerhalb einer zweimonatigen Frist nach jener Veröffentlichung, bei dem vorsitzenden Richter des in Handelssachen tagenden Bezirksgerichtes (*tribunal d'arrondissement*), in dessen Bezirk die übertragende Gesellschaft ihren Sitz hat, im Eilverfahren tagend (*référé*) die Stellung von Sicherheiten für fällige oder noch nicht fällige Forderungen beantragen können, wenn glaubhaft bewiesen werden kann, dass die Verschmelzung ein Risiko für die Ausübung ihrer Forderungen darstellt und die übertragende Gesellschaft keine ausreichenden Sicherheiten bereitgestellt hat. Ausführliche Informationen über das Verfahren zur Ausübung der Rechte der Gläubiger, können gemäß Artikel 262 des 1915 Gesetzes kostenfrei beim Sitz der übertragenden Gesellschaft angefordert werden.

Stellungnahme

Der amtierende Notar bestätigt hiermit die Rechtmäßigkeit des vorliegenden Verschmelzungsplans gemäß Artikel 271 (2) des luxemburgischen Gesellschaftsgesetzes.

Kosten

Die Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Auslagen, in jeglicher Form, welche der übertragenden Gesellschaft aufgrund dieser Urkunde entstehen, werden auf ungefähr EUR 2,400.- geschätzt.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg, am eingangs erwähnten Datum.

Nach Verlesung und Erklärung des Vorstehenden gegenüber den Erschienenen, haben diese mit dem amtierenden Notar diese Urkunde unterzeichnet.

(Gezeichnet) N. RAMIC, C. OPITZ, C. DELVAUX

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 18 mai 2017

Relation : 1LAC/2017/15789

Reçu douze euros

12,00 €

Le Receveur (signé) P. MOLLING

FUER GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG,

zwecks Hinterlegung im Handels- und Gesellschaftsregister und zum Zwecke der Veröffentlichung im Recueil Electronique des Sociétés et Associations (RESA).

Luxemburg, den 18. Mai 2017

Me Cosita DELVAUX